

Substanzielles Protokoll 100. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 24. Juni 2020, 17.00 Uhr bis 19.57 Uhr, in der Halle 7
der Messe Zürich

Vorsitz: Präsidentin Helen Glaser (SP)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Heidi Egger (SP)

Substanzielles Protokoll: Philippe Wenger

Anwesend: 115 Mitglieder

Abwesend: Peter Anderegg (EVP), Emanuel Eugster (SVP), Dorothea Frei (SP), Guido Hüni (GLP), Albert Leiser (FDP), Joe A. Manser (SP), Res Marti (Grüne), Marcel Müller (FDP), Thomas Schwendener (SVP), Roger Tognella (FDP)

Der Rat behandelt aus der von der Präsidentin erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|----|---------------------------------|--|-----|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 2. | <u>2020/238</u> | * Weisung vom 10.06.2020:
Motion der SP- und AL-Fraktionen betreffend Erhöhung des Beitrags an die Zürcher Filmstiftung für die Ausrichtung von Filmpreisen, Bericht und Abschreibung, Zusatzkredit | STP |
| 3. | <u>2020/239</u> | * Weisung vom 10.06.2020:
ERZ Entsorgung + Recycling Zürich, Entsorgungslogistik, Neubeschaffung und Ersatz von 17 Nutzfahrzeugen bis 2022, Objektkredit und gebundene Ausgaben | VTE |
| 4. | <u>2020/240</u> | * Weisung vom 10.06.2020:
Amt für Städtebau, Regionaler Richtplan Stadt Zürich, Teilrevision Siedlung und Landschaft, Überweisung an den Gemeinderat zur Verabschiedung für die Festsetzung durch den Regierungsrat | VHB |
| 5. | <u>2020/241</u> | * Weisung vom 10.06.2020:
Sozialdepartement, Verein Zentralstelle für Ehe- und Familienberatung (ZEF), Beiträge 2021–2024 | VS |
| 6. | <u>2020/242</u> | * Weisung vom 10.06.2020:
Dringliche Motion der SP-, Grüne- und AL-Fraktionen betreffend Rekommunalisierung der Rolf Bossard AG sowie Sicherstellung der dem Monopol der Stadt unterstellten Entsorgungsaufgaben durch Entsorgung und Recycling (ERZ), Bericht und Abschreibung | VTE |

- | | | | | |
|-----|---------------------------------|--------|--|-----|
| 7. | <u>2020/245</u> | *
E | Postulat der AL-Fraktion vom 10.06.2020:
Bericht betreffend Entscheidungen während der COVID19-Pandemie, die Wirksamkeit der Massnahmen und die möglichen Optimierungsmöglichkeiten für künftige Notfallsituationen | VGU |
| 8. | <u>2020/247</u> | *
E | Postulat von Dr. Mathias Egloff (SP), Simone Brander (SP) und 5 Mitunterzeichnenden vom 10.06.2020:
Machbarkeitsstudie für eine deutliche schulische Kapazitätserhöhung für die Schulanlage Lachenzelg in Höngg | VHB |
| 9. | <u>2020/249</u> | *
E | Postulat von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Urs Riklin (Grüne) vom 10.06.2020:
Mobilitätskonzept für eine autoarme Nutzung der Schulanlagen bei Projektierungskrediten für Schulbauten | VHB |
| 10. | <u>2018/155</u> | | Weisung vom 18.04.2018:
Schul- und Sportdepartement, Volksinitiative «Sportstadt Züri», Ablehnung | VSS |
| 11. | <u>2019/172</u> | | Weisung vom 08.05.2019:
Finanzdepartement, Neuregelung der Finanzkompetenzen für den Erwerb von Liegenschaften, Teilrevision Gemeindeordnung, Abschreibung Motion GR Nr. 2018/2 | FV |
| 12. | <u>2019/358</u> | | Weisung vom 04.09.2019:
Finanzdepartement, Teilrevision der Datenschutzverordnung betreffend Videoüberwachung des öffentlichen Raums durch Private | FV |
| 13. | <u>2020/102</u> | | Weisung vom 01.04.2020:
Stadtkanzlei, Geschäftsbericht 2019 | STR |
| 14. | <u>2019/210</u> | | Weisung vom 22.05.2019:
Fachstelle für Gleichstellung, Bericht Zielvorgabe zur angemessenen Berücksichtigung der Vielfalt der Geschlechtsidentitäten in den Kaderpositionen der städtischen Verwaltung | STP |

* Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

Die Mitteilungen der Ratspräsidentin werden zur Kenntnis genommen.

Martin Götzl (SVP) beantragt namens der SVP-Fraktion die gemeinsame Behandlung von GR Nr. 2018/468, «Postulat von Thomas Schwendener (SVP) und Stefan Urech (SVP) vom 28.11.2018: Erhalt von mindestens vier Parkplätzen für Kundinnen und Kunden der Dienstabteilung Verkehr (DAV) bei einem allfälligen Parkplatzabbau am Zähringerplatz» mit GR Nr.2020/7 «Weisung vom 15.01.2020: Liegenschaften Stadt Zürich

und Immobilien Stadt Zürich, Erwerb von jeweils 63/100 Miteigentum an der Liegenschaft Mühlegasse 18 sowie Hofgrundstück Preyergasse, Quartier Altstadt, Vertragsgenehmigung und Objektkredit»: Wir haben das Geschäft der Liegenschaft an der Mühlegasse in der SK FD intensiv beraten. Wir stimmen nun darüber ab, das Postulat gemeinsam mit der Weisung zu behandeln – so wie wir es in der Kommission besprochen haben. Wir hatten das korrekt über das Büro beantragt, das aber das Ansinnen am vergangenen Montag merkwürdigerweise mit einer linken Mehrheit ablehnte. Ich weiss nicht, was die Begründung dafür ist, aber lasst uns das nächste Woche inhaltlich diskutieren. Besprechen Sie das doch bitte mit den Mitgliedern der SK FD und stimmen Sie der Änderung zu und somit der gemeinsamen Behandlung von Postulat 2018/468 und Weisung. Dieses Vorgehen stützt auf Artikel 14 der Geschäftsordnung ab.

Der Rat wird über den Antrag am 1. Juli 2020 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

2645. 2020/257

Postulat von Markus Baumann (GLP) und Isabel Garcia (GLP) vom 17.06.2020: Zeitlich begrenzte berufliche Grundbildungsmassnahmen zur Vorbeugung von Jugendarbeitslosigkeit

Markus Baumann (GLP) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese: Die Covid-19-Pandemie hat die Lehrstellensuche für viele Jugendliche, die kurz vor dem Übertritt in die Berufslehre standen oder stehen, abrupt unterbrochen. In vielen Betrieben wurden Schnupperlehren abgesagt und die Jugendlichen konnten vielfach ihre Bewerbungsbemühungen aufgrund ausgesetzter Hilfe an den Schulen nicht fortsetzen. Davon betroffen sind vor allem Schülerinnen und Schüler mit einem tieferen Leistungsniveau oder mit wenig Unterstützung in den Familien. Darum sollen diese zielführenden Massnahmen sofort ergriffen werden. Da uns Jugendarbeitslosigkeit alle etwas angeht, bitte ich Sie, dieser Dringlicherklärung zuzustimmen.

Der Rat wird über den Antrag am 1. Juli 2020 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

An der nachfolgenden Fraktionserklärung werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

2646. 2020/271

**Erklärung der SP-Fraktion vom 24.06.2020:
Entscheid des Bundesgerichts zur Volksinitiative «Züri Autofrei»**

Namens der SP-Fraktion verliest Simone Brander (SP) folgende Fraktionserklärung:

Mutloser Gerichtsentscheid – konkrete Schritte zur Reduktion des Autoverkehrs sind nötig

Das Bundesgericht hat entschieden, die städtische Volksinitiative der JUSO Stadt Zürich «Züri Autofrei» für ungültig zu erklären. Zur Erinnerung: der Rechtsstreit drehte sich nicht direkt um den politischen Inhalt der Initiative, sondern um die formelle Frage der Gültigkeit. Der Entscheid kommt überraschend – und nachdem sich das Bundesgericht sehr lange damit Zeit gelassen hat –, denn die letzte kantonale Instanz – das Verwaltungsgericht – hatte die Gültigkeit der Initiative bejaht. Die unterschiedlichen Ansichten der Instanzen zeigen deutlich auf, dass die Gültigkeit der Initiative juristisch strittig war und der Entscheid auch hätte anders ausfallen können.

Gerade unter diesen Umständen ist es enttäuschend, dass das Bundesgericht in seiner Argumentation dem Grundsatz «in dubio pro populo» also auf den Grundsatz «im Zweifel für das Volk» bzw. in diesem Fall «im Zweifel für die Gültigkeit der Initiative» keine Nachachtung geschenkt hat. Der Grundsatz «im Zweifel für das Volk» wird hier klar verletzt. Allen, welche die Initiative mit ihrer Unterschrift unterstützt haben, wird hier ein Volksentscheid verwehrt. Es ist ein schlechtes Zeichen für unsere Demokratie, wenn das höchste Gericht des Landes es den Stimmbürgerinnen und Stimmbürger der Stadt Zürich nicht zutraut, über die Initiative «Züri Autofrei» abzustimmen. So gesehen ist der Entscheid des Bundesgerichts unbefriedigend und zu bedauern.

Der Autoverkehr ist für einen Drittel der Treibhausgasemissionen verantwortlich. Um das von uns anvisierte Klimaziel von Netto Null CO₂ bis ins Jahr 2030 zu erreichen, ist eine Reduktion des Autoverkehrs unumgänglich. Der Handlungsbedarf beim Autoverkehr ist eminent. Und in einer dichter werdenden Stadt sind flächeneffizienten Verkehrsmitteln, wie dem Fuss-, dem Veloverkehr und dem öffentlichen Verkehr, die Priorität einzuräumen – wie dies auch bereits in unserer städtischen Verfassung verankert ist. Nicht zuletzt führen autofreie Zonen zu mehr Aufenthaltsqualität: weniger Lärm, sauberere Luft, mehr Sicherheit und mehr Platz.

Die SP hat sich in der gemeinderätlichen Beratung der Initiative für einen mehrheitsfähigen Gegenvorschlag zu «Züri Autofrei» eingesetzt. Da ein Gegenvorschlag nun verunmöglicht wird, wird die SP ihre inhaltlichen Anliegen in anderer Form einbringen. So sind Vorstösse geplant, um dem Fussverkehr mehr Platz zu verschaffen, indem in dicht begangenen Zentren neue Fussgänger- und Begegnungszonen realisiert werden und bestehende Fussgängerzonen ausgedehnt werden. Auch der öffentliche Verkehr soll – in Übereinstimmung mit der entsprechenden kürzlichen Änderung des kantonalen Strassengesetzes – flächendeckend gegenüber dem Autoverkehr konsequent priorisiert werden und nicht mehr im Stau stehen. Mit der im September zur Abstimmung kommenden Velorouten-Initiative hat die SP bereits einen konkreten Schritt für einen Meilenstein in der Förderung des Veloverkehrs vorgelegt.

Die JUSO hat stets betont, sie wolle mit der Initiative «Züri Autofrei» eine Vision aufzeigen und eine Diskussion anstossen. Wir als SP greifen diese Diskussion konstruktiv auf und setzen uns für konkrete Schritte für einen klimaverträglichen Verkehr in der Stadt Zürich ein. So bleibt Zürich auch in Zukunft eine lebenswerte Stadt.

2647. 2020/229

**Postulat von Nicole Giger (SP) und Maya Kägi Götz (SP) vom 03.06.2020:
Unterstützung der Kulturschaffenden, Kulturinstitutionen und Kulturorganisationen, die unter den Pandemiefolgen leiden**

Nicole Giger (SP) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese: Bei diesem Postulat geht es darum, die Kulturbranche – eine Branche, die unter der Pandemie und deren Folgen besonders leidet – zu unterstützen. Denkbar wäre eine Ausschreibung, die in allen künstlerischen Disziplinen nach neuen Formaten und kreativen Lösungen fragt, die Kunst und Kultur in dieser von Distanz geprägten Zeit weiterhin erfahr- und erlebbar machen. Der Stadtrat erklärte sich bereit, das Postulat entgegen zu nehmen. Vor zwei Tagen fand in der ganzen Schweiz die Night of Light statt, während der die Kultur- und Eventbranche mit rot beleuchteten Gebäuden auf ihre dramatische Lage aufmerksam machte. Wichtig ist, dass jetzt gehandelt wird und nicht erst in zwei Jahren. Darum möchten wir Ihnen die Dringlichkeit beantragen.

Der Rat wird über den Antrag am 1. Juli 2020 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

An der nachfolgenden Fraktionserklärung werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

2648. 2020/272

**Erklärung der SVP-Fraktion vom 24.06.2020:
Umgang der Polizeikräfte mit illegalen Besetzungen**

Namens der SVP-Fraktion verliest Stephan Iten (SVP) folgende Fraktionserklärung:

Kapitulation des Stadtrates – der Rechtsstaat wird ausser Kraft gesetzt

Dutzende Linksradikale besetzen in Zürich-Altstetten am letzten Freitagabend weitere Liegenschaften. In einem Gebäude feierten diese dann eine Party, zündeten Feuerwerk an, machten ohrenbetäubenden Lärm und blockierten die Zufahrt. Die Polizei war frühzeitig mit einem Grossaufgebot vor Ort. Es wäre möglich gewesen, das Anschwellen der Menschenmasse und die illegalen Besetzungen zu verhindern oder zu beenden. Dutzende Lärmklagen gingen während der Nacht bei der Polizei ein. Doch die Polizeikräfte mussten auf Befehl der Leitung tatenlos zuschauen und die rechtsfreien Zonen tolerieren.

Wie müssen sich die tausenden von Anwohner im benachbarten Quartieren fühlen, weil sie von der Leitung der Stadtpolizei im Stich gelassen werden? Der Lärm war auch aus weiter Entfernung in der Nacht zu hören, immer wieder. Was denken sich die Polizisten, die den Gesetzesbrechern Spalier stehen mussten? Warum stehen wir hier, wenn wir Ruhe und Ordnung nicht durchsetzen dürfen? Ist es Verhältnismässig, dass ein paar Chaoten, die «Sau» rauslassen dürfen und ungehindert Gesetze brechen können? Wird das Leid, der Ärger, der Frust und schlaflosen Nächten der Gesetzestreuen Bürger ignoriert?

Das Sicherheitsdepartment unter der Führung von Karin Rykart fand es – einmal mehr - nicht für notwendig, den Rechtsstaat gegen linke Chaoten durchzusetzen. Es steht geschrieben, «Vor dem Gesetz ist jeder gleich». Doch wie schaut die Realität aus? Gewerbetreibende, Steuerzahler und jeder normale Bürger müssen sich an die Regeln des Rechtsstaates halten, tun sie es nicht, werden sie gebüsst.

Wer sein Auto ein paar Zentimeter über die Markierung parkiert, erhält umgehend eine Busse, keine Toleranz. Wenn Gewerbetreibende sich nicht an die BAG-Massnahmen halten, wird eingeschritten. Diese Aufzählung liesse sich fast endlos verlängern.

Linksradikale Gruppierungen können sich alles erlauben, dies unter Duldung und in der Verantwortung der Sicherheitsvorsteherin Karin Rykart. Damit untergräbt sie das Vertrauen in den Rechtsstaat massiv. Ohne dieses Vertrauen und ohne Gleichheit vor dem Gesetz geht schlussendlich jeder Rechtsstaat zugrunde. Karin Rykart ist offenbar keine Freundin des Rechtsstaates. Die Stadträtin hat vor den Linksradikalen kapituliert und ist bereit Ruhe und Ordnung zu opfern. Eine Polizeivorsteherin, welche weder das geltende Recht, die Ordnung noch die Rechtsgleichheit gewährleisten kann ist inakzeptabel. Die SVP fordert den Stadtrat auf, der Polizeivorsteherin das Sicherheitsdepartment zu entziehen, sofern (die überforderte und unwillige) Frau Stadträtin Rykart nicht von sich aus zurücktreten sollte.

Persönliche Erklärungen:

Vera Ziswiler (SP) hält eine persönliche Erklärung zur Aufnahme von Flüchtlingen aus Griechenland sowie der Reform des Dublin-Abkommens.

Samuel Balsiger (SVP) hält eine persönliche Erklärung zu den Mehrheitsverhältnissen im Gemeinderat .

Pärparim Avdili (FDP) hält eine persönliche Erklärung zum Umgang der Polizeikräfte mit illegalen Besetzungen.

Severin Pflüger (FDP) hält eine persönliche Erklärung zur Fraktionserklärung der SP.

G e s c h ä f t e

2649. 2020/238

Weisung vom 10.06.2020:

Motion der SP- und AL-Fraktionen betreffend Erhöhung des Beitrags an die Zürcher Filmstiftung für die Ausrichtung von Filmpreisen, Bericht und Abschreibung, Zusatzkredit

Zuweisung an die SK PRD/SSD gemäss Beschluss des Büros vom 22. Juni 2020

2650. 2020/239

Weisung vom 10.06.2020:

ERZ Entsorgung + Recycling Zürich, Entsorgungslogistik, Neubeschaffung und Ersatz von 17 Nutzfahrzeugen bis 2022, Objektkredit und gebundene Ausgaben

Zuweisung an die SK TED/DIB gemäss Beschluss des Büros vom 22. Juni 2020

2651. 2020/240

Weisung vom 10.06.2020:

Amt für Städtebau, Regionaler Richtplan Stadt Zürich, Teilrevision Siedlung und Landschaft, Überweisung an den Gemeinderat zur Verabschiedung für die Festsetzung durch den Regierungsrat

Zuweisung an die BeKo RP SLÖBA/V gemäss Beschluss des Büros vom 22. Juni 2020

2652. 2020/241

Weisung vom 10.06.2020:

Sozialdepartement, Verein Zentralstelle für Ehe- und Familienberatung (ZEF), Beiträge 2021–2024

Zuweisung an die SK SD gemäss Beschluss des Büros vom 22. Juni 2020

2653. 2020/242

Weisung vom 10.06.2020:

Dringliche Motion der SP-, Grüne- und AL-Fraktionen betreffend Rekommunalisierung der Rolf Bossard AG sowie Sicherstellung der dem Monopol der Stadt unterstellten Entsorgungsaufgaben durch Entsorgung und Recycling Zürich (ERZ), Bericht und Abschreibung

Zuweisung an die SK TED/DIB gemäss Beschluss des Büros vom 22. Juni 2020

2654. 2020/245

Postulat der AL-Fraktion vom 10.06.2020:

Bericht betreffend Entscheidungen während der COVID19-Pandemie, die Wirksamkeit der Massnahmen und die möglichen Optimierungsmöglichkeiten für künftige Notfallsituationen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Es wird weder ein Ablehnungs- noch ein Textänderungsantrag gestellt.

Damit ist das Postulat dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

2655. 2020/247

Postulat von Dr. Mathias Egloff (SP), Simone Brander (SP) und 5 Mitunterzeichnenden vom 10.06.2020:

Machbarkeitsstudie für eine deutliche schulische Kapazitätserhöhung für die Schulanlage Lachenzelg in Höngg

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Marcel Bührig (Grüne) stellt namens der Grüne-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

2656. 2020/249

Postulat von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Urs Riklin (Grüne) vom 10.06.2020: Mobilitätskonzept für eine autoarme Nutzung der Schulanlagen bei Projektierungskrediten für Schulbauten

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Stephan Iten (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

2657. 2018/155

Weisung vom 18.04.2018:

Schul- und Sportdepartement, Volksinitiative «Sportstadt Züri», Ablehnung

Redaktionslesung

Die Redaktionskommission (RedK) beantragt einstimmig Zustimmung zur redaktionellen Bereinigung des Gemeinderatsbeschlusses Nr. 2592 vom 10. Juni 2020:

Zustimmung: Präsident Mark Richli (SP), Referent; Ernst Danner (EVP), Isabel Garcia (GLP), Patrick Hadi Huber (SP), Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Simon Kälin-Werth (Grüne), Mischa Schiwow (AL)
Abwesend: Corina Ursprung (FDP)

Der Präsident der Redaktionskommission begründet die Anträge der Redaktionskommission:

Mark Richli (SP): *Es handelt sich um ein paar formale Änderungen, die ich nicht weiter erläutern muss. Wie üblich schreibt die Stadt in den eigenen Erlassen – und dort gehört auch die Gemeindeordnung dazu – immer nur «die Stadt» und nicht «die Stadt Zürich». Das betrifft die Zeile 003, 004 und Teile von 005. Dort haben wir aber an zwei Orten «Stadt Zürich» stehen lassen, weil es darum geht, wer unentgeltlich die Badeanlagen betreten darf und dabei handelt es sich eben um «in der Stadt Zürich wohnhafte Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene» und so weiter. Würde man nur «Stadt» schreiben, könnte man sich auf den Standpunkt stellen, dass Winterthur auch eine Stadt ist – und Winterthur ist nicht gemeint. Der Rest ist selbsterklärend. Die Redaktionskommission beantragt Ihnen einstimmig, den Änderungen zuzustimmen.*

Es werden keine Anträge aus dem Rat gestellt.

Der Rat stimmt dem bereinigten Antrag der RedK stillschweigend zu.

Roger Bartholdi (SVP) beantragt Abstimmung unter Namensaufruf.

Das Quorum von 30 Stimmen gemäss Art. 41 Abs. 1 GeschO GR wird offensichtlich erreicht.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1 (bisher Antrag des Stadtrats)

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 1.

Mehrheit: Präsident Stefan Urech (SVP), Referent; Vizepräsidentin Yasmine Bourgeois (FDP), Roger Bartholdi (SVP), Isabel Garcia (GLP), Simone Hofer Frei (GLP), Christian Huser (FDP), Maya Kägi Götz (SP), Patrik Maillard (AL), Ursula Näf (SP), Mark Richli (SP), Dr. Jean-Daniel Strub (SP)
Minderheit: Urs Riklin (Grüne), Referent; Dr. Balz Bürgisser (Grüne)

Abstimmung gemäss Art. 41 GeschO GR:

Abstimmungsprotokoll			
Name	Vorname	Partei	Stimme
Akyol	Ezgi	AL	NEIN
Anderegg	Peter	EVP	--
Angst	Walter	AL	NEIN
Anken	Walter	SVP	JA
Avdili	Përparim	FDP	JA
Baggenstos	Tobias	SVP	JA
Balsiger	Samuel	SVP	JA
Bartholdi	Roger	SVP	JA
Bätschmann	Monika	Grüne	NEIN
Baumann	Markus	GLP	JA
Beer	Duri	SP	JA
Bertozzi	Roberto	SVP	JA
Blättler	Florian	SP	JA
Bourgeois	Yasmine	FDP	JA
Brander	Simone	SP	JA
Breitenstein	Sarah	SP	JA
Brunner	Alexander	FDP	JA
Brunner	Susanne	SVP	JA
Bührig	Marcel	Grüne	NEIN
Bürgisser	Balz	Grüne	NEIN
Bürki	Martin	FDP	JA
Danner	Ernst	EVP	JA
Denoth	Marco	SP	JA
Diggelmann	Simon	SP	JA
Dufournet	Mélissa	FDP	JA
Eberle	Natalie	AL	NEIN
Egger	Heidi	SP	JA
Egli	Andreas	FDP	JA
Egloff	Mathias	SP	JA
Erdem	Niyazi	SP	JA
Eugster	Emanuel	SVP	--
Fischer	Renate	SP	JA
Föhn	Roger	EVP	JA
Frei	Dorothea	SP	--
Früh	Anjushka	SP	JA

Fürer	Brigitte	Grüne	NEIN
Garcia	Isabel	GLP	JA
Garcia Nuñez	David	AL	NEIN
Geissbühler	Marco	SP	JA
Giger	Nicole	SP	JA
Glaser	Helen	SP	JA
Götzl	Martin	SVP	JA
Graf	Davy	SP	JA
Helfenstein	Urs	SP	JA
Hofer Frei	Simone	GLP	JA
Huber	Patrick Hadi	SP	JA
Huberson	Nadia	SP	JA
Hüni	Guido	GLP	--
Huser	Christian	FDP	JA
im Oberdorf	Bernhard	SVP	JA
Iten	Stephan	SVP	JA
Kägi Götz	Maya	SP	JA
Kälin-Werth	Simon	Grüne	NEIN
Käppeli	Hans Jörg	SP	JA
Karakostas	Sofia	SP	JA
Kirstein	Andreas	AL	NEIN
Kisker	Gabriele	Grüne	NEIN
Kleger	Thomas	FDP	JA
Knauss	Markus	Grüne	NEIN
Koch	Sabine	FDP	JA
Kraft	Michael	SP	JA
Krayenbühl	Guy	GLP	JA
Kunz	Markus	Grüne	NEIN
Lamprecht	Pascal	SP	JA
Landolt	Maleica	GLP	JA
Leiser	Albert	FDP	--
Leitner Verhoeven	Andrea	AL	NEIN
Maggi	Luca	Grüne	NEIN
Maillard	Patrik	AL	NEIN
Manser	Joe A.	SP	--
Manz	Mathias	SP	JA
Marti	Elena	Grüne	NEIN
Marti	Res	Grüne	--

Merki	Markus	GLP	JA
Monn	Christian	GLP	JA
Moser	Felix	Grüne	NEIN
Müller	Marcel	FDP	--
Müller	Rolf	SVP	JA
Nabholz	Ann-Catherine	GLP	JA
Näf	Ursula	SP	JA
Novak	Martina	GLP	JA
Oberholzer	Beat	GLP	JA
Pflüger	Severin	FDP	JA
Probst	Matthias	Grüne	NEIN
Rabelbauer	Claudia	EVP	JA
Rauser	Jürg	Grüne	NEIN
Renggli	Matthias	SP	JA
Richli	Mark	SP	JA
Richter	Derek	SVP	JA
Riklin	Urs	Grüne	NEIN
Romanelli	Olivia	AL	NEIN
Roose	Zilla	SP	JA
Roy	Shaibal	GLP	JA
Sangines	Alan David	SP	JA
Savarioud	Marcel	SP	JA
Schiller	Christina	AL	NEIN
Schiwow	Mischa	AL	NEIN
Schmid	Marion	SP	JA
Schmid	Michael	FDP	JA
Schoch	Elisabeth	FDP	JA
Schwendener	Thomas	SVP	--
Seidler	Christine	SP	JA
Señorán	Maria del Carmen	SVP	JA
Siev	Ronny	GLP	JA
Silberring	Pawel	SP	JA
Silberschmidt	Andri	FDP	JA
Sinovicic	Dubravko	SVP	JA
Sobernheim	Sven	GLP	JA
Speck	Roger-Paul	SP	JA
Strub	Jean-Daniel	SP	JA
Tobler	Marcel	SP	JA

Tognella	Roger	FDP	--
Tschanz	Raphaël	FDP	JA
Urben	Michel	SP	JA
Urech	Stefan	SVP	JA
Ursprung	Corina	FDP	JA
Utz	Florian	SP	JA
Vogel	Sebastian	FDP	JA
Walgis	Selina	Grüne	NEIN
Wey	Natascha	SP	JA
Widmer	Johann	SVP	JA
Wiesmann	Barbara	SP	JA
Ziswiler	Vera	SP	JA
Zürcher	Martina	FDP	JA
Zygmunt	Dominique	FDP	JA

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 90 gegen 25 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Roger Bartholdi (SVP) beantragt Abstimmung unter Namensaufruf.

Das Quorum von 30 Stimmen gemäss Art. 41 Abs. 1 GeschO GR wird offensichtlich erreicht.

Schlussabstimmung über die neue Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur neuen Dispositivziffer 2.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der neuen Dispositivziffer 2.

Mehrheit: Ursula Näf (SP), Referentin; Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Maya Kägi Götz (SP), Patrik Maillard (AL), Mark Richli (SP), Urs Riklin (Grüne), Dr. Jean-Daniel Strub (SP)
Minderheit: Präsident Stefan Urech (SVP), Referent; Vizepräsidentin Yasmine Bourgeois (FDP), Roger Bartholdi (SVP), Isabel Garcia (GLP), Simone Hofer Frei (GLP), Christian Huser (FDP)

Abstimmung gemäss Art. 41 GeschO GR:

Abstimmungsprotokoll			
Name	Vorname	Partei	Stimme
Akyol	Ezgi	AL	JA
Anderegg	Peter	EVP	--
Angst	Walter	AL	JA
Anken	Walter	SVP	NEIN

Avdili	Përparim	FDP	NEIN
Baggenstos	Tobias	SVP	NEIN
Balsiger	Samuel	SVP	NEIN
Bartholdi	Roger	SVP	NEIN
Bätschmann	Monika	Grüne	JA
Baumann	Markus	GLP	NEIN
Beer	Duri	SP	JA
Bertozzi	Roberto	SVP	NEIN
Blättler	Florian	SP	JA
Bourgeois	Yasmine	FDP	NEIN
Brander	Simone	SP	JA
Breitenstein	Sarah	SP	JA
Brunner	Alexander	FDP	NEIN
Brunner	Susanne	SVP	NEIN
Bührig	Marcel	Grüne	JA
Bürgisser	Balz	Grüne	JA
Bürki	Martin	FDP	NEIN
Danner	Ernst	EVP	NEIN
Denoth	Marco	SP	JA
Diggelmann	Simon	SP	JA
Dufournet	Mélissa	FDP	NEIN
Eberle	Natalie	AL	JA
Egger	Heidi	SP	JA
Egli	Andreas	FDP	NEIN
Egloff	Mathias	SP	JA
Erdem	Niyazi	SP	JA
Eugster	Emanuel	SVP	--
Fischer	Renate	SP	JA
Föhn	Roger	EVP	NEIN
Frei	Dorothea	SP	--
Früh	Anjushka	SP	JA
Fürer	Brigitte	Grüne	JA
Garcia	Isabel	GLP	NEIN
Garcia Nuñez	David	AL	JA
Geissbühler	Marco	SP	JA
Giger	Nicole	SP	JA
Glaser	Helen	SP	JA
Götzl	Martin	SVP	NEIN

Graf	Davy	SP	JA
Helfenstein	Urs	SP	JA
Hofer Frei	Simone	GLP	NEIN
Huber	Patrick Hadi	SP	JA
Huberson	Nadia	SP	JA
Hüni	Guido	GLP	--
Huser	Christian	FDP	NEIN
im Oberdorf	Bernhard	SVP	NEIN
Iten	Stephan	SVP	NEIN
Kägi Götz	Maya	SP	JA
Kälin-Werth	Simon	Grüne	JA
Käppeli	Hans Jörg	SP	JA
Karakostas	Sofia	SP	JA
Kirstein	Andreas	AL	JA
Kisker	Gabriele	Grüne	JA
Kleger	Thomas	FDP	NEIN
Knauss	Markus	Grüne	JA
Koch	Sabine	FDP	NEIN
Kraft	Michael	SP	JA
Krayenbühl	Guy	GLP	NEIN
Kunz	Markus	Grüne	JA
Lamprecht	Pascal	SP	JA
Landolt	Maleica	GLP	NEIN
Leiser	Albert	FDP	--
Leitner Verhoeven	Andrea	AL	JA
Maggi	Luca	Grüne	JA
Maillard	Patrik	AL	JA
Manser	Joe A.	SP	--
Manz	Mathias	SP	JA
Marti	Elena	Grüne	JA
Marti	Res	Grüne	--
Merki	Markus	GLP	NEIN
Monn	Christian	GLP	NEIN
Moser	Felix	Grüne	JA
Müller	Marcel	FDP	--
Müller	Rolf	SVP	NEIN
Nabholz	Ann-Catherine	GLP	NEIN
Näf	Ursula	SP	JA

Novak	Martina	GLP	NEIN
Oberholzer	Beat	GLP	NEIN
Pflüger	Severin	FDP	NEIN
Probst	Matthias	Grüne	JA
Rabelbauer	Claudia	EVP	NEIN
Rauser	Jürg	Grüne	JA
Renggli	Matthias	SP	JA
Richli	Mark	SP	JA
Richter	Derek	SVP	NEIN
Riklin	Urs	Grüne	JA
Romanelli	Olivia	AL	JA
Roose	Zilla	SP	JA
Roy	Shaibal	GLP	NEIN
Sangines	Alan David	SP	JA
Savarioud	Marcel	SP	JA
Schiller	Christina	AL	JA
Schiwow	Mischa	AL	JA
Schmid	Marion	SP	JA
Schmid	Michael	FDP	NEIN
Schoch	Elisabeth	FDP	NEIN
Schwendener	Thomas	SVP	--
Seidler	Christine	SP	JA
Señorán	Maria del Carmen	SVP	NEIN
Siev	Ronny	GLP	NEIN
Silberring	Pawel	SP	JA
Silberschmidt	Andri	FDP	NEIN
Sinovicic	Dubravko	SVP	NEIN
Sobernheim	Sven	GLP	NEIN
Speck	Roger-Paul	SP	JA
Strub	Jean-Daniel	SP	JA
Tobler	Marcel	SP	JA
Tognella	Roger	FDP	--
Tschanz	Raphaël	FDP	NEIN
Urban	Michel	SP	JA
Urech	Stefan	SVP	NEIN
Ursprung	Corina	FDP	NEIN
Utz	Florian	SP	JA
Vogel	Sebastian	FDP	NEIN

Walgis	Selina	Grüne	JA
Wey	Natascha	SP	JA
Widmer	Johann	SVP	NEIN
Wiesmann	Barbara	SP	JA
Ziswiler	Vera	SP	JA
Zürcher	Martina	FDP	NEIN
Zygmunt	Dominique	FDP	NEIN

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 66 gegen 49 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

Zuhanden der Gemeinde:

1. Die Volksinitiative «Sportstadt Züri» vom 12. September 2017 wird abgelehnt.
2. Die nachstehende Vorlage wird als Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Sportstadt Züri» vom 12. September 2017 beschlossen:

AS 101.100

Die Gemeindeordnung wird wie folgt geändert:

Art. 2^{novies} ¹ Die Stadt setzt sich aktiv für die Förderung des Sports und für die Erhöhung des Anteils der bewegungsaktiven Bevölkerung in allen Alterskategorien ein und gewährt möglichst allen Menschen Zugang zum Sport.

² Besonders gefördert wird die sportliche Aktivität von Personen in bescheidenen finanziellen Verhältnissen.

³ Der Eintritt in die von der Stadt betriebenen Freibäder ist für alle Badegäste unentgeltlich.

⁴ Der Eintritt in die übrigen von der Stadt betriebenen Sport- und Badeanlagen ist für in der Stadt Zürich wohnhafte Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene bis 20 Jahre sowie für in der Stadt Zürich wohnhafte Personen in bescheidenen finanziellen Verhältnissen unentgeltlich.

⁵ Die Benutzung der von der Stadt betriebenen Sport- und Badeanlagen durch städtische Sportvereine und andere städtische Sportorganisationen zu nicht kommerziellen Zwecken ist unentgeltlich.

⁶ Für besondere Nutzungen können Gebühren erhoben werden, namentlich für die Benutzung des Stadions Letzigrund.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 1. Juli 2020 gemäss Art. 10 der Gemeindeordnung

2658. 2019/172

Weisung vom 08.05.2019:

Finanzdepartement, Neuregelung der Finanzkompetenzen für den Erwerb von Liegenschaften, Teilrevision Gemeindeordnung, Abschreibung Motion GR Nr. 2018/2

Redaktionslesung

Die Redaktionskommission (RedK) beantragt einstimmig Zustimmung zur redaktionellen Bereinigung des Gemeinderatsbeschlusses Nr. 2505 vom 27. Mai 2020:

Zustimmung: Präsident Mark Richli (SP), Referent; Ernst Danner (EVP), Isabel Garcia (GLP), Patrick Hadi Huber (SP), Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Simon Kälin-Werth (Grüne), Mischa Schiwow (AL)
Abwesend: Corina Ursprung (FDP)

Der Präsident der Redaktionskommission begründet die Anträge der Redaktionskommission:

Mark Richli (SP): *Wir ändern hier zwei Verordnungen. Davon ist eine die Gemeindeordnung: Den Aufmerksamen ist vielleicht aufgefallen, dass wir uns bei der Gestaltung von Litterae und Klammern konservativ verhalten haben. Weil die Gemeindeordnung ein derart grosses Buch ist, hat es wenig Sinn, bei einzelnen Artikeln die Gestaltung zu modernisieren. Wie Sie alle wissen, wird sowieso bald eine Totalrevision stattfinden, darum dieses Vorgehen. Die anderen Änderungen sind redaktionell und formal minimal. Die Redaktionskommission beantragt Ihnen einstimmig, diesen Änderungen zuzustimmen.*

Es werden keine Anträge aus dem Rat gestellt.

Der Rat stimmt dem bereinigten Antrag der RedK stillschweigend zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivpunkte A1–A2

Die Mehrheit der SK FD beantragt Zustimmung zu den Dispositivpunkten A1–A2.

Die Minderheit der SK FD beantragt Ablehnung der Dispositivpunkte A1–A2.

Mehrheit: Christina Schiller (AL), Referentin; Präsident Simon Diggelmann (SP), Anjushka Früh (SP), Urs Helfenstein (SP), Luca Maggi (Grüne), Elena Marti (Grüne), Dr. Pawel Silberring (SP), Vera Ziswiler (SP)
Minderheit: Martin Götzl (SVP), Referent; Vizepräsidentin Maria del Carmen Señorán (SVP), Përparim Avdili (FDP), Sabine Koch (FDP), Pirmin Meyer (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 68 gegen 44 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die neuen Dispositivpunkte B1–B2

Die Mehrheit der SK FD beantragt Zustimmung zu den neuen Dispositivpunkten B1–B2.

Die Minderheit der SK FD beantragt Ablehnung der neuen Dispositivpunkte B1–B2.

Mehrheit: Christina Schiller (AL), Referentin; Präsident Simon Diggelmann (SP), Anjushka Früh (SP), Urs Helfenstein (SP), Luca Maggi (Grüne), Elena Marti (Grüne), Dr. Pawel Silberring (SP), Vera Ziswiler (SP)
Minderheit: Martin Götzl (SVP), Referent; Vizepräsidentin Maria del Carmen Señorán (SVP), Përparim Avdili (FDP), Sabine Koch (FDP), Pirmin Meyer (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 68 gegen 44 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über den Dispositivpunkt B3

Die SK FD beantragt Zustimmung zum Dispositivpunkt B3.

Zustimmung: Christina Schiller (AL), Referentin; Präsident Simon Diggelmann (SP), Vizepräsidentin Maria del Carmen Señorán (SVP), Përparim Avdili (FDP), Anjushka Fröh (SP), Martin Götzl (SVP), Urs Helfenstein (SP), Sabine Koch (FDP), Luca Maggi (Grüne), Elena Marti (Grüne), Pirmin Meyer (GLP), Dr. Pawel Silberring (SP), Vera Ziswiler (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK FD mit 113 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

A. Zuhanden der Gemeinde:

1. Die Gemeindeordnung (GO, AS 101.100) vom 26. April 1970 wird wie folgt geändert:

Art. 41 Dem Gemeinderat stehen zu:

lit. a–l unverändert.

m) Verkauf oder Tausch von städtischen Liegenschaften im Verkehrswert von über Fr. 1 000 000.–; ausgenommen sind Tauschgeschäfte, wenn dadurch die Durchführung eines amtlichen Quartierplanverfahrens vermieden werden kann

lit. n–t unverändert.

2. Der Stadtrat setzt diese Änderung nach Genehmigung durch den Regierungsrat in Kraft.

B. Zur Beschlussfassung in eigener Kompetenz:

1. Vorbehältlich der Zustimmung der Gemeinde zu Dispositivpunkt A:

Die Finanzhaushaltverordnung (FHVO, AS 611.101) wird wie folgt geändert:

F. Ausgaben und Anlagen

Art. 14 unverändert.

Erwerb von Finanzliegenschaften **Art. 14^{bis}** ¹ Der Stadtrat informiert unverzüglich über die in das Finanzvermögen erworbenen Liegenschaften mit einem Verkehrswert von mehr als Fr. 2 000 000.– durch:

- a. Zustellung des Stadtratsbeschlusses und mündliche Information über die Einzelheiten des getätigten Erwerbsgeschäfts an die zuständigen Kommissionen des Gemeinderats; sowie
- b. anschliessende Medienmitteilung.

² Er publiziert sämtliche Erwerbsgeschäfte im Geschäftsbericht unter Nennung von Erwerbsgrund und Erwerbspreis und aktualisiert ein öffentlich einsehbares geodatenbasiertes Liegenschaftsinventar einschliesslich Angaben zur Vermögenszuweisung.

³ Neu erworbene Liegenschaften sind in der Regel innert vier Jahren in das Verwaltungsvermögen zu übertragen; über Ausnahmen erstattet der Stadtrat dem Gemeinderat alle vier Jahre Bericht.

2. Der Stadtrat setzt diese Änderung zeitgleich mit der Änderung gemäss Dispositivpunkt A2 in Kraft.
3. Unter Ausschluss des Referendums: Die Motion, GR Nr. 2018/2, der SP-, Grüne- und AL-Fraktionen vom 10. Januar 2018 betreffend Kompetenzübertragung von Grundstücks- und Liegenschaftskäufen zur Erfüllung kommunaler Aufgaben an den Stadtrat, Änderung der Gemeindeordnung (GO), wird als erledigt abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 1. Juli 2020 gemäss Art. 10 und Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 31. August 2020)

2659. 2019/358

Weisung vom 04.09.2019:

Finanzdepartement, Teilrevision der Datenschutzverordnung betreffend Videoüberwachung des öffentlichen Raums durch Private

Redaktionslesung

Die Redaktionskommission (RedK) beantragt einstimmig Zustimmung zur redaktionellen Bereinigung des Gemeinderatsbeschlusses Nr. 2507 vom 27. Mai 2020:

Zustimmung: Präsident Mark Richli (SP), Referent; Ernst Danner (EVP), Isabel Garcia (GLP), Patrick Hadi Huber (SP), Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Simon Kälin-Werth (Grüne), Mischa Schiwow (AL)
Abwesend: Corina Ursprung (FDP)

Der Präsident der Redaktionskommission begründet die Anträge der Redaktionskommission:

Mark Richli (SP): *Auch hier schlägt Ihnen die Redaktionskommission fast ausschliesslich formale Änderungen vor. Darauf muss ich nicht eingehen. Die einzige pseudo-materielle Änderung findet sich in der Zeile 12, Artikel 10^{bis}, wo wir «Stadt Zürich» wie immer auf «Stadt» reduzierten. Die Redaktionskommission beantragt Ihnen einstimmig, diesen Änderungen zuzustimmen.*

Es werden keine Anträge aus dem Rat gestellt.

Der Rat stimmt dem bereinigten Antrag der RedK stillschweigend zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffern 1–2

Die Mehrheit der GPK beantragt Zustimmung zu den Dispositivziffern 1–2.

Die Minderheit der GPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffern 1–2.

Mehrheit: Christine Seidler (SP), Referentin; Monika Bättschmann (Grüne), Duri Beer (SP), Natalie Eberle (AL), Simon Kälin-Werth (Grüne), Maleica Landolt (GLP), Zilla Roose (SP), Marcel Tobler (SP)
Minderheit: Michael Schmid (FDP), Referent; Präsident Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Vizepräsidentin Martina Zürcher (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 33 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 3

Die Mehrheit der GPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 3.

Die Minderheit der GPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 3.

Mehrheit:	Michael Schmid (FDP), Referent; Präsident Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Vizepräsidentin Martina Zürcher (FDP), Monika Bättschmann (Grüne), Simon Kälin-Werth (Grüne), Maleica Landolt (GLP)
Minderheit:	Christine Seidler (SP), Referentin; Duri Beer (SP), Natalie Eberle (AL), Zilla Roose (SP), Marcel Tobler (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 61 gegen 52 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

1. Die Datenschutzverordnung (AS 236.100) wird gemäss Beilage (Fassung vom 4. September 2019 mit Änderungen nach Gemeinderatsbeschluss vom 24. Juni 2020) geändert.
2. Der Stadtrat setzt die Änderungen in Kraft.

Unter Ausschluss des Referendums:

3. Die Motion, GR Nr. 2017/63, der SP-Fraktion betreffend Videoüberwachung im öffentlichen Raum, Ergänzung der Datenschutzverordnung mit einer Beratungs- und Beschwerdefunktion für die/den Datenschutzbeauftragte/n oder den Datenschutzbeauftragten, wird als erledigt abgeschrieben.

Die Datenschutzverordnung (DSV, AS 236.100) wird wie folgt geändert:

Einzelabfragen a. Grundsatz	Art. 3 Das Bevölkerungsamt kann die in § 18 Abs. 1 Gesetz über das Meldewesen und die Einwohnerregister (MERG) ¹ genannten Personendaten öffentlich im Abrufverfahren zur Verfügung stellen. Es stellt sicher, dass: lit. a und b unverändert.
b. erweiterte Einzelabfragen auf Gesuch	Art. 4 ¹ Auf schriftliches Gesuch hin und unter den Voraussetzungen gemäss Art. 3 kann das Bevölkerungsamt Privaten Zugriff im Abrufverfahren auch auf die in § 18 Abs. 2 MERG ² genannten Personendaten gewähren. ² Das Gesuch hat mindestens zu enthalten: lit. a unverändert. b. Glaubhaftmachung eines berechtigten Interesses für den Bezug der in § 18 Abs. 2 MERG ³ genannten Daten; lit. c unverändert. Abs. 3 und 4 unverändert.
Bekanntgabe an öffentliche Organe a. Stammdaten	Art. 5 ¹ Auf schriftliches Gesuch hin kann das Bevölkerungsamt öffentlichen Organen auf folgende Personendaten des Einwohnerregisters Zugriff im Abrufverfahren gewähren oder diese Daten regelmässig bekannt geben: a. auf die in § 18 Abs. 1 und 2 MERG ⁴ genannten Personendaten; lit. b unverändert.

¹ vom 11. Mai 2015, LS 142.1.

² vom 11. Mai 2015, LS 142.1.

³ vom 11. Mai 2015, LS 142.1.

⁴ vom 11. Mai 2015, LS 142.1.

Abs. 2–4 unverändert.

- Beratung Privater Art. 10^{bis} Bei Videoüberwachung durch Privatpersonen, die den öffentlichen oder allgemein zugänglichen Raum der Stadt tangiert, kann die oder der Datenschutzbeauftragte auf Anfrage hin:
- a. Privatpersonen über das anwendbare Recht und die sich daraus ergebenden Rechte, Pflichten und Zuständigkeiten beraten;
 - b. zwischen betroffenen Personen oder Institutionen vermitteln.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 1. Juli 2020 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 31. August 2020)

2660. 2020/102

**Weisung vom 01.04.2020:
Stadtkanzlei, Geschäftsbericht 2019**

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

Der Geschäftsbericht der Stadt Zürich für das Jahr 2019 (Beilage, Entwurf vom 27. März 2020) wird genehmigt.

Beratungsgrundlagen

- Weisung vom 01.04.2020
- Geschäftsbericht 2019
- Bericht und Antrag der GPK vom 15.06.2020

Referent zur Vorstellung des Berichts / Kommissionsreferent Änderungsantrag:

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Eine Vorbemerkung zum Ablauf. Als ich vor vier Jahren das Gleiche gemacht hatte, präsentierte ich gleichzeitig mit der Weisung den Ablehnungsantrag. Das kam nicht so gut an, weshalb ich mich beim zweiten Mal verbessert habe und die Vorstellung der Weisung vom Ablehnungsantrag trennte und diesen vom Platz aus stellte. Damals hiess es, ich hätte jemand anders aus der Fraktion beauftragen sollen, den Ablehnungsantrag zu stellen. In der Zwischenzeit ist es so, dass mein Gspönli in der GPK dank des Wahlerfolgs von Grün-Links abhandengekommen ist und ich also doch beides zusammen machen muss. Ich schlug vor, die Vorstellung der Weisung der Vizepräsidentin zu überlassen, um die Trennung sicherzustellen. Die GPK wollte es aber anders. Darum werde ich nun die Weisung vorstellen – man ist der Ansicht, dass ich das in neutraler Form machen könne – und in einer zweiten Runde stelle ich den Ablehnungsantrag. Was Sie mit dem Geschäftsbericht des Stadtrats in den Händen halten, ist eigentlich – betrachtet man die Auflagenzahlen – eine Kostbarkeit. Es wurden nur noch 70 Exemplare gedruckt. 2014 waren es noch 205. Das kommt daher, dass sehr viele den Bericht nur noch digital lesen wollen. Ich möchte an dieser Stelle den Mitgliedern der GPK meinen Dank aussprechen für die grosse Arbeit, die sie in drei Lesungen mit vielen Rückfragen geleistet haben. Würden wir auf alle Rückfragen hier eingehen, könnten wir den Abend bis um 20.00 Uhr füllen. Diese grosse Arbeit findet in der Presse kein besonderes Echo, aber sie ist gleichwohl wichtig. Allein durch das Stellen der Rückfragen wird ein demokratisches Instrument genutzt, das zeigt, dass man die Arbeit des Stadtrats genau im Blick hat und entsprechend beaufsichtigt. Zusätzlich musste wegen des neuen Gemeindegesetzes der Geschäftsbericht Ende Juni und somit früher als in anderen Jahren abgeschlossen werden. Ein wesentlicher Punkt des Geschäftsberichts – dies steht schon an dessen Anfang – ist die Behördeninitiative, die der

Stadtrat beim Kanton einreichte. Dabei geht es darum, das Stimm- und Wahlrecht auch für Ausländerinnen und Ausländer auf kommunaler Ebene zu gewähren. Damit würden die Demokratie und der Zusammenhalt der Gesellschaft gefördert. Weiter kann man im Bericht die strategischen Schwerpunkte ausmachen. Ich möchte diese nicht ausführlich ausbreiten, sondern ein paar davon herauspflücken. Da wäre die Wohnbaupolitik, zu der wir schon einige Volksabstimmungen durchgeführt hatten. Dann sollen mit dem Schwerpunkt Tagesschulen 2025 die Tagesschulen entwickelt werden. Es gibt auch einen Punkt «Sicherheit beim Velofahren», zu dem man an fünf Stellen Verbesserungen einführte. Im Stadthaus konzentriert findet sich sowohl das Präsidialdepartement als auch die Stadtkanzlei, die beide übergreifend ihre Pflichten für die Stadt wahrnehmen. Der Kern der Stadtverwaltung bildet die Stadtkanzlei, die in einem Brief an die Stimmberechtigten und Neuwählerinnen und Neuwähler erklärte, wie man korrekt abstimmt, damit sich die vielen ungültigen Stimmen nicht wiederholen. Das Ganze wurde mit einem Comic versehen. Ich habe dazu gefragt, ob dies nicht einen schlechten Eindruck hinterlassen haben könnte, hatten die gezeichneten Figuren doch einen farbigen Teint. Das Ergebnis war aber: Das hat niemand beanstandet; es gab keine Reaktionen. Das zeigt, dass man in diesem Punkt vielleicht ein wenig zu sensibel reagieren kann. Beim Präsidialdepartement kommen verschiedene Bereiche zum Zug: das Theater, die Musik, die Literatur, Tanz und Film. Grosse Beachtung findet das Theaterspektakel, zu dem gemäss Stadtrat 150 000 Besucher kamen. Dabei handelt es sich nicht nur um die zahlenden Gäste an den Vorstellungen, sondern um die geschätzte Personenzahl insgesamt auf dem Gelände. Auf die Frage, wie diese Zahl entstanden sei, hat man geantwortet, dass dieses Jahr nochmals genauer hingeschaut und der Wert errechnet wurde, indem man den Gastronomieumsatz durch einen geschätzten Durchschnittskonsum von 25 Franken pro Person teilte. Das ist doch mehr als ein blosses Finger-in-den-Wind-Halten. Vielleicht ist das der Grund, dass die Zahl dieses Jahr tiefer ausgefallen ist. Das Museum Rietberg, das sich grosser Beliebtheit erfreut, ist ein weiterer wesentlicher Teil im Präsidialdepartement, wie auch unspektakuläre Dinge wie das Bevölkerungsamt oder das Stadtarchiv. Das Gleichstellungsbüro, der Projektstab der Stadtpräsidentin und die Stadtentwicklung sind auch dort konzentriert. Ebenfalls übergreifend tätig ist das Finanzdepartement, das über den Human-Resources-Bereich die ganze Stadt abdeckt. Der Wohnbau ist dort ebenfalls stark verankert und beschäftigt das Finanzdepartement mit Fragen wie etwa, was mit dem Koch-Areal geschehen soll. Das Büro für Wohnbauförderung ist ebenfalls dort angesiedelt. Dies betrifft vor allem die gemeinnützigen Wohnbauträger: die Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien, aber auch die Stiftung «Einfach Wohnen», die ebenfalls auf eine Volksabstimmung zurückgeht. Es ist nicht leicht, dort den Weg zu finden, da sehr viel Geld zur Verfügung steht und es schwierig ist, dieses richtig anzulegen. Auf dem Guggach-Areal hat man neue Möglichkeiten gefunden. Klar ist: Die Konkurrenz auf diesem Markt könnte dazu führen, dass die Tätigkeiten der Stadt zu Preissteigerungen führen. Es handelt sich also um eine Gratwanderung. Das OIZ ist ebenfalls im Finanzdepartement beheimatet und arbeitet ebenso für die ganze Stadt wie das Steueramt und die Liegenschaften Stadt Zürich. Im Sicherheitsdepartement war einer der Schwerpunkte die Sicherheit der Velofahrenden. Beim Gleichstellungsplan hat man festgestellt, dass das Fördern von Frauen in Kaderpositionen schwierig ist, weil sich nur wenige qualifizierte Frauen finden lassen – der gute Wille ist auf jeden Fall vorhanden. Was sonst noch zum Departement gehört: die Stadtpolizei, Schutz & Rettung und die Dienstabteilung Verkehr, die einen Pilotversuch mit Tempo 30 bei Nacht durchführte. Eine Umfrage ergab positive Rückmeldungen. Natürlich gehört auch das Stadtrichteramt zum Sicherheitsdepartement. Zum Gesundheits- und Umweltdepartement: Der Schwerpunkt lag beim Thema Klima mit der Frage, wie man die 2000-Watt-Gesellschaft umsetzen kann. Es bestehen grosse Baustellen wie etwa die Fusion der Spitäler Triemli und Waid. Man hatte die Altersmedizin im Waidspital im Auge – eine alte Tradition, die auf Professor Grob zurückgeht. Für die älteren Menschen in der Stadt liegen die Pflegezentren, Alterszentren und die Stiftung für Alterswohnungen im Zentrum.

Und dann gibt es natürlich, wie der Name schon sagt, den ganzen Umwelt- und Gesundheitsschutz. Da stand die 2000-Watt-Gesellschaft im Zentrum und dass die Treibhausgas-Emissionen auf Netto-Null gesenkt werden sollen. Im Tiefbau- und Entsorgungsdepartement gibt es mit Entsorgung + Recycling Zürich (ERZ) eine sehr grosse Dienstabteilung. Die PUK untersucht gerade, was dort geschehen ist. Ich will nicht auf die Details eingehen, aber es ist so, dass zurzeit aufgrund der Geschehnisse ein Kulturwandel stattfindet. Unspektakuläre Abteilungen wie Geomatik + Vermessung gehören zum Tiefbaudepartement wie auch Grün Stadt Zürich mit den Friedhöfen, Tieren und der Landwirtschaft. Das Tiefbauamt als solches befasst sich auch mit Strassenparkplätzen, wobei es u. a. zur Bedürfniserfassung eine Umfrage in der Bevölkerung durchführte. Im Hochbaudepartement gibt es das Amt für Städtebau. Dieses hat – das ist ein interessantes Detail – ein Grab einer keltischen Frau gefunden, das viele Hinweise darüber offenbarte, wie das Leben in Zürich zu dieser Zeit war. Das Amt für Hochbauten bemüht sich, die 2000-Watt-Gesellschaft im Zusammenhang mit Neubauten und Instandsetzungen umzusetzen. Zum Hochbaudepartement gehören auch die Immobilien Stadt Zürich und das Amt für Baubewilligungen. Bei den Industriellen Betrieben arbeitet ein Energiebeauftragter, der sich ebenfalls darum kümmert, wie die 2000-Watt-Gesellschaft umgesetzt wird. Unspektakuläre und unproblematische Bereiche gehören zum Departement der Industriellen Betriebe wie z. B. die Wasserversorgung. Beim Elektrizitätswerk sind die vielen Windanlagen, die man angeschlossen hat, ein Thema. Es handelt sich um 113 Windturbinen in 18 Windparks – etwa in Borkum, einer norddeutschen Insel in der Nordsee, und in Norwegen. Mit diesen kann man 30 Prozent des Bedarfs der Stadt Zürich decken. 2016 wurde aufgrund einer Abstimmung beschlossen, dass der Bezug von Kernenergie nur noch bis 2034 möglich sein soll. Die Umsetzung ist etwas, was dem Departement obliegt. Auch in der Schweiz müssen Kompensationen geschaffen werden – dazu gehören die Windparks Mollendruz und Provence, die beide im Jura liegen. Über die VBZ wurde viel geredet; darauf will ich nicht näher eingehen. Es ist klar, dass die VBZ ein sehr technischer Betrieb ist, der vielen Herausforderungen ausgesetzt ist, die er auch umsetzt. Im Sozialdepartement fliesst am meisten Geld durch. Dies wegen der Sozialhilfe, die dort geleistet wird. Von der Personalstruktur her ist es kein besonders grosses Departement. Das Sozialdepartement umfasst viele Zentren: das Laufbahnzentrum, das Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV, die Sozialen Dienste und die Sozialen Einrichtungen und Betriebe. Auch die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde und die Sozialbehörden gehören dazu. Dem Änderungsantrag zum Antrag des Stadtrats kann wegen seiner formalen und somit unproblematischen Natur zugestimmt werden.

Kommissionsmehrheit Schlussabstimmung:

Christine Seidler (SP): Die zahlreichen Fragen unsererseits stellten eine Ausnahmesituation dar. Die Verwaltung hat die Fragen ausführlich und zu unserer Zufriedenheit beantwortet – auch wenn wir manchmal ein zweites Mal nachfragen mussten. Diese Leistung ist besonders in Coronazeiten keine Selbstverständlichkeit und darum vonseiten der GPK ein herzliches Dankeschön dafür. Der Geschäftsbericht ist sehr gehaltvoll. Wir haben im Vorfeld mit der Stadtschreiberin und der Verwaltung darüber gesprochen, ob er dünner ausfallen sollte, indem man ihn entschlackt. Ich fände dies bedauerlich, denn der Geschäftsbericht ist nicht bloss ein obligatorischer Rechenschaftsbericht, sondern ist gehaltvoll in Sachen Ziele, Strategien, Ausgangslagen und aktuellen Herausforderungen der Stadt. Er bildet auch eine gute Grundlage für die politische Arbeit und gibt Auskunft darüber, welche Bewegungen in der Stadt passieren, was der Stadtrat unternimmt und was man davon negativ bewerten möchte. Dies ist eine gute Ausgangslage für unsere politische Arbeit – je nachdem, welche Haltung wir haben. Die Prognosen im Geschäftsbericht stimmen insbesondere im finanzstrategischen Teil nicht mehr, aber das

konnte der Stadtrat nicht wissen: Der Geschäftsbericht wurde im November letzten Jahres verfasst. Auch wenn ein Teil davon nicht mehr stimmt, beantragt Ihnen die Mehrheit der Kommission nicht nur, dem Bericht zuzustimmen, sondern legt ihn Ihnen als interessante Lektüre ans Herz. Die Mehrheit der Kommission beantragt Ihnen Zustimmung.

Kommissionsminderheit Schlussabstimmung:

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Der Bericht klingt sehr gut und man müsste ihm eigentlich zustimmen, aber er ist ein Schönwetterbericht. Hier muss man durchgreifen und die ganze Arbeit des Stadtrats beurteilen. Ich will das abgrenzen von anderen Berichten, die eigentliche Staatspropaganda darstellen – wie etwa in China. Hier ist das definitiv nicht der Fall. In diesem Bericht wird nicht gelogen, sondern ein wenig schön informiert. Es gab Rückfragen in allen Departementen und so hoffe ich, dass andere GPK-Mitglieder ebenfalls noch das Wort ergreifen werden. Ich möchte nur einige Pièces de Résistance herausgreifen. Das Positive voraus: Ohne die Stadtkanzlei liefe nichts, sie hält die Stadtverwaltung zusammen. Das Schul- und Sportdepartement ist ein scheinbar nebensächliches Departement, dort steckt aber viel Potenzial und Substanz. Im Departement der Industriellen Betriebe wird sehr viel geleistet – wenn man dort die 2000-Watt-Gesellschaft umsetzen muss, geschieht dies aufgrund von Vorgaben von aussen. Über das Theaterspektakel habe ich bereits das Präsidialdepartement angesprochen. Man hat über die Gastronomieumsätze die Besucherzahlen eruiert. Ich würde aber aus persönlicher Erfahrung sagen, dass sicher mehr als die genannten 150 000 Besucher anwesend waren – nicht alle verpflegen sich in den angrenzenden Gaststätten. Das liegt zum einen an den relativ hohen Preisen und zum anderen, dass die Küchen nach den Vorstellungen bereits geschlossen sind. Dort besteht noch einiges an Verbesserungspotenzial, wenngleich das Spektakel auch ohne die Verbesserungen attraktiv ist. Im Finanzdepartement müssen mit der Stiftung «Einfach Wohnen» die Forderungen der Volksinitiative umgesetzt werden. Das Volk hat dieser Initiative zwar zugestimmt, aber betrachtet man die Aufgabe der Realisierung, wird es schwierig bei der Frage, wo man das viele Geld parkieren soll. Im Sicherheitsdepartement wollte man sich der Sicherheit der Velofahrer widmen. Wenn man Zeitung liest, muss man aber feststellen, dass es im Jahr 2019 erheblich mehr Unfälle mit Velos gab als in früheren Jahren. Und das waren offenbar mehrheitlich keine Kollisionen mit Autos, sondern Selbstunfälle. Das wirft ein düsteres Licht auf das Departement. Hätte man in diesem Bereich nicht mehr tun können? Im Gesundheits- und Umweltdepartement lagen die Schwerpunkte bei der 2000-Watt-Gesellschaft und dem Netto-Null-Ziel. Da muss man sich fragen, ob das alles sinnvoll ist – auch wenn diese Schwerpunktthemen auf einer Volksabstimmung beruhen. Spital und Pflege sind sicherlich grosse Herausforderungen, aber man muss sich fragen, ob man nicht am falschen Ort sparte – etwa, wenn das Pflegepersonal durch Minimalismus auffällt. Da hat man wohl zu tiefe Löhne durchgesetzt. Das Tiefbau- und Entsorgungsdepartement möchte bei Neubauten Parkplätze der Blauen Zone abbauen. Das ist ein typischer Parkplatzabbau, dem man überhaupt nicht zustimmen kann. Umfragen ergeben zwar, dass die Bevölkerung damit zufrieden ist, aber da muss man sich umgekehrt fragen: Wie wurde gefragt? War die Fragestellung suggestiv und die Rückmeldung somit bloss Selbstbeweihräucherung? Ein anderes Projekt war die Entflechtung der Wehntalerstrasse. Wenn man dort durchfährt, verliert man in diesem Slalom leicht die Orientierung. Das hätte man anders und besser machen können. Bei den Friedhöfen frage ich: Warum liess man diese offen? Das führte dazu, dass Rehe auf den Friedhof kamen. Dies gab Beschwerden. Was hat man getan? Man hat diese Rehe einfach abgeschossen. Mir wurde zugetragen, dass dies auf Facebook einen Shitstorm ausgelöst hat. Basel ging anders damit um: Die Abschussgeschichte wurde vertagt oder ganz sistiert. Das Vorgehen der Stadt Zürich ist nicht der beste Beitrag zum Image der Stadt. Das Departement der Industriellen Betriebe beschäftigt sich mit der Umsetzung der 2000-Watt-Gesellschaft und damit auch mit der Umsetzung der Begrenzung der

Kernenergie bis 2034. Auch da muss man sich fragen: Es gab zwar eine Volksabstimmung, aber betrachtet man das genauer, stellt man fest, dass das nicht ganz so einfach ist. Gegen die Windparks Mollendruz und Provence gibt es Opposition. Ich hoffe, man verschandelt den Creux du Van nicht. Besser ist das in Borkum oder in Norwegen gelöst. Nun komme ich zur Behördeninitiative, die man an den Kanton weitergeleitet hat, um den Ausländern das Stimm- und Wahlrecht auf kommunaler Ebene zu geben. Da muss man sich fragen: Ist es geschickt, langfristige Strukturentscheide einem Bevölkerungsteil zu übertragen, der mit einer gewissen, berechtigten Fluktuation auffällt? Dies könnte fatale Folgen haben, denn solche Abstimmungsfragen sind immer auch von der Wahlbeteiligung abhängig. Bei Wahlen und Abstimmungen kann es sein, dass man suggestive Informationen transportiert, die Missverständnisse provozieren – vor allem dann, wenn diese Informationen mit mangelnden Sprachkenntnissen kombiniert werden. Es geht schliesslich nicht um eingebürgerte Ausländer, sondern um Ausländer, die weder das Schweizer Bürgerrecht haben, noch einen Sprachtest über sich ergehen lassen mussten. Über die 2000-Watt-Gesellschaft sagt die Stadt immer wieder, dass sie zwar nicht so viel nütze, aber man als gutes Beispiel vorangehen wolle, in der Hoffnung einen Spill-Over-Effekt erzeugen zu können. Ich finde das problematisch. Es ist gefährlich, wenn man die eigene Wettbewerbsfähigkeit mit solchen Beispielen schwächt. Gerade die Coronakrise hat gezeigt, wo man damit enden kann. Es wurde international davor gewarnt, Schlüsselindustrien zu schwächen, die dann von ausländischen Mächten übernommen werden könnten. Was Sie in Deutschland mit Lufthansa erleben, ist ein klassisches Beispiel, bei dem sich eine Mehrheit der Aktionäre an einer ausserordentlichen Generalversammlung um ein Problem schert und es droht eine Katastrophe, weil ein Grossaktionär – möglicherweise im Gefolge anderer Mächte – sich verantwortungslos verhält. Man darf seine eigene Position nicht schwächen. Darum ist der Bericht des Stadtrats abzulehnen. Ich komme in einem weiteren Statement nochmals darauf zurück.

Weitere Wortmeldungen:

Maleica Landolt (GLP): Als Referentin des Sicherheitsdepartements und weil es mir besonders positiv aufgefallen ist, möchte ich etwas aus dem Bericht des Sicherheitsdepartements hervorheben. Es geht um den Jahresschwerpunkt Gleichstellungsplan. Wir werden anschliessend noch unter TOP 14 über eine Weisung beraten, bei der es ebenfalls um diesen Gleichstellungsplan 2019–2022 geht. Das zu erreichende Ziel ist eine angemessene Vertretung beider Geschlechter – auch im Sicherheitsdepartement. Das ist in diesem primär mit Männern besetzten Departement sicherlich schwierig, vor allem in den Arbeitsbereichen, in denen man draussen oder in Schichten arbeiten muss. Es ist also eine anspruchsvolle Zielsetzung. Im Geschäftsbericht 2018 setzte das Sicherheitsdepartement einen Schwerpunkt auf Teilzeitarbeit. Dort erklärten sie, es sei das erklärte Ziel, Teilzeitarbeit auf Wunsch umzusetzen, sofern es die Stelle in der entsprechenden Funktion betrieblich zulässt. In diesem Zusammenhang interessiert, was das Sicherheitsdepartement neben der Teilzeitarbeit plant, damit die Attraktivität für Frauen steigt, um etwa nach einer Mutterschaft zurückzukehren und dass sich auch Männer und Frauen für Führungsaufgaben bewerben, während sie zu Hause eine Betreuungsaufgabe innehaben. Erstens: Weil der Departementsvorsteherin die Vereinbarkeit von Beruf und Familie wichtig ist, hat sie dies ganz klar in ihrem Departement kommuniziert. Es wurde aber nicht nur kommuniziert, sondern es wurden auch Massnahmen zur Umsetzung getroffen. Im Intranet werden Informationen gegeben zu Möglichkeiten der Kinderbetreuung für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die eine Anlaufstelle benötigen, die ihnen Vermittlung und Beratung bietet, auch wenn sie in Schichtarbeit arbeiten und darum eine Betreuung benötigen, die nicht bloss zu den ordentlichen Zeiten vorhanden ist. Weiter ist geplant: Sobald es die Zustände erlauben, wird ein Workshop durchgeführt mit all jenen, die in Schicht arbeiten, um zu sehen, was die realen Bedürfnisse sind von

Mitarbeitenden, die einen Betreuungsplatz ausserhalb der ordentlichen Bürozeiten brauchen. Aktuell prüft das Sicherheits- mit dem Sozialdepartement, ob sie in einer Betreuungseinrichtung mit 24-Stunden-Betrieb die nötigen Stellen sichern können. Der Standort ist dabei von Bedeutung, da ansonsten die Wegzeit zum Hindernis wird. Ebenfalls, und das finde ich ganz spannend, überprüfen sie, ob im Amtshaus II oder I ein Still- und Ruheraum eingerichtet werden kann. Man sieht also: Es wird nicht nur geredet, kommuniziert und der Gleichstellungsplan zur Kenntnis genommen, sondern es werden Massnahmen getroffen und umgesetzt. Es bleibt spannend, was im Sicherheitsdepartement noch an Massnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf unternommen werden wird und wie der Frauenanteil längerfristig steigt. Uns ist dies wichtig und darum unterstützen wir das.

Natalie Eberle (AL): Der Jahresbericht ist umfassend und interessant. Ich möchte nur kurz auf einzelne Punkte eingehen. Es ist schön, zu sehen, dass in drei Departementen die Sicherheit der Velofahrenden im Fokus steht. Auch wenn ich nicht sicher bin, ob die Grossmutter-Kampagne reicht gegen die grossen Räder der Lastwagen, die im letzten Jahr leider das Leben von fünf Menschen gekostet haben. Auch die grossen Geländewagen gehören nicht in ein Sicherheitssystem und behindern das Velofahren in unserer Stadt. Wir sind deshalb gespannt, wie der Masterplan Velo, der im Herbst präsentiert wird, die Sicherheit verbessern soll. Wir freuen uns auch auf die Analyse, die bezüglich der Velorouten in dieser Stadt gemacht wird und auf den kommenden Masterplan, damit wir sicher von A nach B kommen. Wir hoffen, dass die fünf neu geschaffenen Stellen dies richtig und bald umsetzen können. Es hat mich weiter sehr gefreut, dass wir ab Sommer – beziehungsweise später, da es wegen Corona eine Verschiebung gibt – eine Mobilitätsplattform erhalten werden, bei der es darum geht, dass wir als mobile Zürcherinnen und Zürcher Dienstleistungen mit nur einer App auswählen können. Car- und Bike-Sharing-Systeme und Taxianbieter aus dem Raum Zürich: Alles auf einer Plattform. Ich hoffe, dass man auf dieser Plattform ein Billett erhältlich sein wird, mit dem man Zugang zu all den mobilen Möglichkeiten erhält. Ob das PubliBike dabei eine Rolle spielen wird, überlasse ich dem Departement der Industriellen Betriebe und dem Sozialdepartement, denn im Bericht gingen ihre Analysen weit auseinander. Nun zum Gesundheits- und Umweltdepartement: Die Covid-Krise hat mit Sicherheit gezeigt, dass es im Gesundheitsbereich gut ausgebildetes Personal braucht und die Infrastruktur funktionieren muss. Vor diesem Hintergrund mit Stolz zu verkünden, man habe in den Spitälern Waid und Triemli über Stellenabbau Einsparungen erzielen können, hinterlässt einen faden Nachgeschmack. Es darf nicht sein, dass wir weiter eine Strategie auf dem Buckel des Personals und des Gesundheitswesens fahren. Es ist Zeit, dort einen Wechsel einzuleiten. Gesundheit darf uns etwas kosten und das Personal darf anständig bezahlt werden, um diese Aufgaben zu übernehmen. Weiter zum Schul- und Sportdepartement: Das neue Projekt Betreuung Freizeit «BeFrei» würde uns mehr interessieren als bloss eine kleine Viertelseite. Immerhin geht es dabei um den Lebensraum Tagesschule 2025, um in den Zeiten ausserhalb des Schulunterrichts – von 15.30 bis 18 Uhr – ein pädagogisches Freizeitkonzept aufzubauen. Dieses soll zum einen tragbar, sprich finanzierbar, sein für Familien und zum anderen soll professionelles Personal vorhanden sein, um es umzusetzen. Wir werden ein Auge darauf haben, wie das Projekt im Departement angegangen wird. Weiter wäre es schön gewesen zu lesen, wie es mit dem Antrag zur City Card weitergeht. Leider ist im ganzen Bericht keine Zeile darüber zu lesen. Ich möchte mich an dieser Stelle bedanken für den regen Austausch, den wir in der GPK mit den Stadträtinnen und Stadträten immer wieder haben können, auch wenn wir nicht immer gleicher Meinung sind. Dieser Austausch ist wichtig für unsere Demokratie. Natürlich beantragen wir die Annahme.

Martina Zürcher (FDP): Was dem Stadtrat wichtig ist und was nicht, spiegelt sich auch im Vorwort der Präsidentin zum Geschäftsbericht wider. Das Vorwort umfasst 399 Wörter, die sich auf folgende Themen aufteilen: 108 Wörter, also ungefähr 27 Prozent, machen Klima- und Frauenstreik aus, etwa 22 Prozent das Ausländerstimmrecht, mit etwa 19 Prozent kommt dann das Wachstum der Stadt Zürich, je 12 Prozent sind Themen, die über die Stadtgrenze hinausgehen und die Bevölkerungsbefragung, 8 Prozent des Vorworts machen die Abstimmungen aus. Man kann einerseits die Gewichtung hinterfragen, andererseits Themen erwähnen, die nicht vorkommen. Ich starte mit der Gewichtung: Zum Ausländerstimmrecht steht im Vorwort, dass es bei der grössten Altersgruppe, bei den 30- bis 39-jährigen, fast 50 Prozent seien, die nicht mitentscheiden könnten. Dass aber gemäss Statistik Stadt Zürich die Hälfte der 30- bis 39-jährigen weniger als drei Jahre in Zürich bleibt, wird genauso wenig erwähnt, wie – elf Seiten weiter hinten im gleichen Geschäftsbericht zeigen es die Kennzahlen – der Umstand, dass die durchschnittliche Stimmbeteiligung in den letzten fünf Jahren eingebrochen ist und 2019 bei gerade einmal 37,8 Prozent lag. Für die Stärkung der Demokratie in der Stadt Zürich ist nicht unbedingt ein Ausländerstimmrecht wichtig, sondern eine Erhöhung der Stimmbeteiligung jener, die dürfen und eine Einbürgerung jener, die die Bedingungen erfüllen. Das Thema Klima ist nicht nur im allgemeinen Vorwort präsent, sondern auch bei den direkt betroffenen Departementen Tiefbau, Industrielle Betriebe und Gesundheit und Umwelt. Diese nehmen das Thema in ihren Vorworten auf. Das ist klar, aber zum Beispiel im Vorwort des Sicherheitsdepartements wirkt das Klimathema doch eher speziell, insbesondere wenn man die stadträtliche Anwesenheit während der Klimadebatte des Gemeinderats 2019 in Erinnerung hat. Immerhin steht im Abschnitt des Sicherheitsdepartements auch, dass sich die Einsatzstunden für politische Demonstrationen und Kundgebungen 2019 mit über 28 000 Stunden gegenüber den Vorjahren vereineinhalbfacht haben. Auf die Frage, weshalb abgesehen vom Frauen- und von den Klimastreiks keine Demonstrationen, Besetzungen und so weiter auf den fast 400 Seiten des Geschäftsbericht 2019 erwähnt sind, kam als Antwort: «Der Geschäftsbericht ist nicht der geeignete Rahmen, um einzelne Einsätze, Anlässe oder Hausbesetzungen aufzulisten oder darauf einzugehen. Die Auswahl solch einzelner Ereignisse müsste die Ansprüche verschiedener Interessensgruppierungen abbilden, um als ausgewogen wahrgenommen zu werden.» Womit ich den Kreis der Hinterfragung der Themengewichtung und -auswahl geschlossen habe.

Michael Schmid (FDP): Mein Votum ist im ersten Teil eine Replik auf das Votum von Natalie Eberle (AL). Zuerst zur City Card: Sie wird nicht stattfinden, weil sie auf vielen Ebenen gegen übergeordnetes Recht verstösst. Da kann man noch so viele Gutachten in Auftrag geben. Natalie Eberle (AL) beschwört Geister in den Stadtspitälern bezüglich der Stellen, die abgebaut werden konnten und nicht mehr neu besetzt wurden im vergangenen Jahr. Das hat mit der Betreuung der Patientinnen und Patienten absolut nichts zu tun. Es ist einfach so, dass diese Apparate in beiden Spitälern nicht mehr effizient waren, nur darum landeten wir überhaupt erst in dieser ganz schwierigen Situation mit den beiden Stadtspitälern. Gott sei Dank arbeitet jetzt eine Leitung, die sich der Situation annimmt und die den Stadtspitälern Triemli und Waid eine Zukunft im Interesse der Mitarbeitenden und der Patientinnen und Patienten gibt. Dazu spricht der Geschäftsbericht einen bemerkenswerten Punkt an, zu dem wir Rückfragen stellten und der die Diskussion von vergangener Woche aufnimmt. Links sang ein Hohelied auf die demokratische Führung der Stadtspitäler. Fragt man aber, worauf die Angebotsstrategie basiert, nach der die entscheidenden Weichenstellungen gemacht wurden, erhält man zwei Power-Point-Präsentationen vom Direktor. Darum handelt es sich letztlich: Entscheidungen des Direktors und seiner Geschäftsleitung, die die Angebotsstrategie und die Zukunft der Stadtspitäler ausgestaltet. Es wurde nachgeschoben, dass das Auswahlgremium des Stadtrats dies zur Kenntnis genommen hatte. Man muss ehrlich sein: Die Strukturen als Dienstabteilungen sind überholt und es ist höchste Zeit, dass man

Strukturen schafft, die die strategische Leitung der Stadtspitäler zukunftsfähig machen. Erlauben Sie mir eine Bemerkung zu den Klimastellen im Gesundheits- und Umweltdepartement, die mit Genehmigung der Ratsmehrheit mit dem letzten und vorletzten Budget aufgebaut wurden. Projektleiter Energieberater, Projektleiter Energiestrategie, Projektleiter Energieverbund – alles wird im Gesundheits- und Umweltdepartement neu aufgebaut. Auf die Rückfrage, wie man da Doppelspurigkeiten und Reibungsverluste innerhalb der Stadtverwaltung vermeidet, kam die Antwort: «Die regelmässige Abstimmung mit dem Team der Energiebeauftragten und den weiteren Akteuren wie ERZ-Fernwärme, Elektrizitätswerk oder Energie 360° stellt sicher, dass es nicht zu Doppelspurigkeiten oder Kompetenzkonflikten kommt.» Diese Sätze in Gottes Ohr, aber unser Vertrauen wurde dadurch nicht geweckt. Die FDP-Fraktion wird den Geschäftsbericht trotzdem genehmigen, weil sich aus unserer Sicht die Stadtratsmehrheit so präsentiert, wie sie momentan ist. Die Mehrheiten im Stadtrat sind ein Thema für Wahlen und nicht für das Dispositiv zur Beschlussfassung im Geschäftsbericht.

Christine Seidler (SP): *Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), du sagtest, es sei ein Schönwetterbericht und dies sei der Hauptgrund, warum ihr ihn ablehnt. Wir von der GPK haben dies bereits vor zwei oder drei Jahren als konstruktive Kritik an die Stadtschreiberin, die Stadtkanzlei und den Gesamstadtrat moniert. Ich finde, sie haben sich sehr engagiert und es handelt sich bei Weitem nicht um einen Schönwetterbericht. Er ist reflektiert, manchmal kritisch, die Herausforderungen und Schwierigkeiten sind durchaus enthalten – etwa die Digitalisierung. Es gibt ab und an ein Departement, von dem man sich etwas mehr kritische Reflektion wünscht, aber der Bericht ist auf gutem Weg und kritischer als in anderen Jahren.*

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): *Natürlich ist der Geschäftsbericht positiv gefärbt und in diesem Sinne ein Schönwetterbericht, weil die Gewichtung des Kritischen gegenüber dem Wohlwollenden nicht so ausgewogen ist, wie wir finden, sie müsste es sein. Es geht aber nicht nur um den Bericht des Stadtrats als solchen, sondern man muss auch auf die Arbeit des Stadtrats durchgreifen und diese ebenfalls beurteilen. Bei allem Respekt für die Demokratie habe ich darauf hingewiesen, dass es im Zusammenhang mit der 2000-Watt-Gesellschaft leider zu Verzerrungen kommen kann – sei es durch Zufallswahlbeteiligungen oder mangelnde Informationen, die sich fatal auswirken können. Mich befremdet, dass der Stadtrat mit Verbissenheit die 2000-Watt-Gesellschaft in allen Bereichen unterstützt. Wir wissen, dass es auch Volksinitiativen gibt, die nicht umgesetzt werden. In Kenntnis der Tatsachen müsste man auch hier etwas kritischer sein gegenüber dem Dogma 2000-Watt-Gesellschaft. Es heisst immer wieder, die Stadt müsse ein gutes Beispiel abgeben, auch wenn es gegenüber der Welt nichts nütze, um einen Spill-Over-Effekt zu erreichen. Ich bin der Meinung, man müsste einen gegenteiligen Spill-Over-Effekt anstreben und verstärkt auf die Eigenständigkeit setzen. Wo ist die Stadt, die sagt: «Wir wollen unabhängig sein.»? Zum Beispiel in Bezug auf die Medikamentenpreise, wo man anstreben könnte, nichts mehr aus anderen Regionen einzukaufen, damit man nicht in eine Abhängigkeit gerät. Da sehe ich eine wesentlich grössere Gefahr als beim ganzen Klima. Ulrike Holzgrabe, Professorin an der Universität Würzburg, gab ein bemerkenswertes Statement ab im Zusammenhang mit der Abhängigkeit von chinesischer Medikamentenproduktion. Sie sagte: «Die Chinesen brauchen gar keine Atombomben, denn sie können einfach die Antibiotika sperren und Europa erledigt sich von selbst.» Meine Damen und Herren, das sind die wahren Gefahren und nicht das Klima. Mir geht es um die Unabhängigkeit der Schweiz und Zürichs von der Welt. Da müsste der Stadtrat wesentlich mehr leisten als immer das Dogma 2000-Watt-Gesellschaft herunterzubeten.*

Natalie Eberle (AL): Michael Schmid (FDP), es ist eine Realität, dass in den Pflegeberufen eine grosse Fluktuation herrscht. Die Leute bleiben – wenn man Glück hat – maximal fünf Jahre. Aus meinen Erfahrungen stimmt etwas strukturell nicht, wenn man zu wenig Zeit hat, um seinen Job richtig auszuführen. Wenn die Geschäftsleitung etwas durchführen möchte, wird sie das nicht ohne Stadtrat machen können. Wenn das Ziel dieser Spitalstrategie die Auslagerung des Spitals ist, dann kann man anhand von Beispielen anderer Spitäler sehen, wie schwierig das sein kann. Etwa beim Unispital: Wenn es Probleme bei der Besetzung von gewissen Chefarzt- oder Chefärztinnenposten gibt, will am Schluss niemand mehr die Verantwortung übernehmen. Man schiebt den Ball von der Geschäftsleitung zum Spitalrat und vom Spitalrat in die Regierung. Das ist auch nicht das Gelbe vom Ei. Es muss ein Umdenken stattfinden, damit das Personal richtig und gut bezahlt und ausgebildet wird – für die Patientinnen und Patienten.

Änderungsantrag

Die GPK beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Der Geschäftsbericht der Stadt Zürich für das Jahr 2019 (Beilage, Entwurf vom 27. März 2020) wird genehmigt.

Zustimmung: Präsident Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Referent; Vizepräsidentin Martina Zürcher (FDP), Monika Bättschmann (Grüne), Duri Beer (SP), Natalie Eberle (AL), Maleica Landolt (GLP), Zilla Roose (SP), Michael Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Marcel Tobler (SP)
Abwesend: Simon Kälin-Werth (Grüne)

Der Rat stimmt dem Antrag der GPK mit offensichtlichem Mehr zu.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der GPK beantragt Zustimmung zum bereinigten Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der GPK beantragt Ablehnung des bereinigten Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Christine Seidler (SP), Referentin; Vizepräsidentin Martina Zürcher (FDP), Monika Bättschmann (Grüne), Duri Beer (SP), Natalie Eberle (AL), Maleica Landolt (GLP), Zilla Roose (SP), Michael Schmid (FDP), Marcel Tobler (SP)
Minderheit: Präsident Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Referent
Abwesend: Simon Kälin-Werth (Grüne)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

Der Geschäftsbericht der Stadt Zürich für das Jahr 2019 (Beilage) wird genehmigt.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 1. Juli 2020 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

2661. 2019/210

Weisung vom 22.05.2019:

Fachstelle für Gleichstellung, Bericht Zielvorgabe zur angemessenen Berücksichtigung der Vielfalt der Geschlechtsidentitäten in den Kaderpositionen der städtischen Verwaltung

Antrag des Stadtrats:

Vom Bericht über die Umsetzung und den Stand der Zielvorgabe von 35 Prozent bei der Geschlechtervertretung im Kader (Beilage Bericht zum Gleichstellungsplan 2014–2018) wird Kenntnis genommen.

Referentin zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsmehrheit Änderungsantrag und Schlussabstimmung:

Maya Kägi Götz (SP): *In diesem Geschäft erstattet der Stadtrat Bericht über die Umsetzung der Zielvorgabe von 35 Prozent bei der Geschlechtervertretung in städtischen Kaderpositionen. Der Gleichstellungsplan legt seit 2009 für jeweils vier Jahre die Schwerpunkte und Ziele zur Förderung der Gleichstellung in der Stadt fest. Ende 2018 ging die zweite Laufzeit des Gleichstellungsplans zu Ende. Wir dürfen heute schon auf die Empfehlungen und Zielsetzungen der dritten Laufzeit fokussieren. Der Gleichstellungsplan bündelt die Aktivitäten der Stadt für die Umsetzung der Gleichstellung als Dienstleisterin für alle Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt, als Auftraggeberin an Dienstleister und als Arbeitgeberin der Mitarbeitenden der Stadtverwaltung. Für den Gleichstellungsplan 2014 bis 2018 hat sich die Stadt sechs Schwerpunkte und insgesamt 15 konkrete Ziele gesetzt. Die Zielvorgaben zu einer angemessenen Berücksichtigung der Vielfalt der Geschlechtsidentitäten in den Kaderpositionen der städtischen Verwaltung bildet im Bericht den Schwerpunkt drei. Da setzte sich der Stadtrat drei konkrete Ziele. Erstens: Im Kader der Stadtverwaltung beträgt der Anteil des untervertretenen Geschlechts in allen Departementen mindestens 35 Prozent. Zweitens: Alle Departemente und Dienstabteilungen treffen geeignete Massnahmen, um den Anteil des untervertretenen Geschlechts im Kader zu steigern. Drittens: Teilprojekte der HR-Strategie und Massnahmen des Gleichstellungsplans sind aufeinander abgestimmt. Der Mehrjahresvergleich über die Entwicklung der Geschlechteranteile im Kader zeichnet über alle Stufen einen Anstieg des Frauenanteils auf erfreuliche 39 Prozent. Anders sieht das Bild in den obersten Kader auf Funktionsstufe 16 bis 18 aus. Gegenüber 2015 stieg der Frauenanteil dort nur um magere 2 Prozent auf 27,5 Prozent. Das Minimalziel von 35 Prozent ist also deutlich verfehlt. Auf dieser Stufe scheint der Fortschritt nur sehr langsam und schwierig zu erreichen, auch wenn wir anerkennen, dass im obersten Kader nur sehr wenige Personen beschäftigt sind und eine Neubesetzung einzelner Stellen auf die prozentualen Verhältnisse eine starke Auswirkung haben kann. Auch mit Blick auf die einzelnen Departemente sind die Ergebnisse durchzogen und es sind grosse Unterschiede festzustellen. Wirklich gut unterwegs sind drei Departemente. Der Zielwert von mindestens 35 Prozent im obersten Kader erreichen das Präsidialdepartement, das Hochbaudepartement und das Sozialdepartement. Einzig im Sozialdepartement waren Ende 2018 Frauen und Männer auf allen drei Kaderebenen mit mehr als 35 Prozent pro Geschlecht vertreten. Sechs Departemente zeigen grosses Steigerungspotenzial. Der grösste Aufholbedarf auf oberster Kaderstufe hat das Schul- und Sportdepartement mit einem Frauenanteil von 9,1 Prozent. Mit einem Wert, der sich gegenüber 2015 leider verschlechtert hat. Dass sich das Verhältnis auf der untersten Kaderstufe komplett ins Gegenteil verkehrt, ist erfreulich, aber auch wenig überraschend – mindestens im Bildungsbereich, der für Frauen erwiesenermassen ein attraktives Berufsfeld ist. Die erheblichen Anstrengungen, die in der Rekrutierung auf oberster Kaderstufe nachweislich unternommen wurden, sollen weitergeführt und verstärkt werden – so auch im Tiefbau- und Entsorgungsdepartement, in dem der*

Frauenanteil im obersten Kader bei gerade mal 6,7 Prozent dümpelt. Die für alle Departemente gesetzten Massnahmen sind plausibel und überzeugend, aber offenbar nicht in allen Bereichen gleich wirksam. Vor allem zu begrüssen und erfolgsversprechend sind Massnahmen wie die Überprüfung von Jobsharing-Modellen und Teilzeitarbeit auf allen Stufen, die eine grössere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen. Ebenfalls zu begrüssen ist ein schärferer Blick auf die Austrittsgründe vor dem Hintergrund einer stärkeren Mitarbeiterinnenbindung. Grosse Chancen auf eine generelle Verbesserung eröffnet sich mit Blick auf die natürliche Fluktuationsrate. So zeigt die Analyse der Altersstruktur, dass in den kommenden 10 bis 15 Jahren über 40 Prozent der Kadermänner pensioniert werden. Massnahmen wie Talentmanagement, bewusste Nachfolgeplanung und interne Beförderungsprozesse bilden da wichtige Ansatzpunkte. Auch die Bevorzugung von Frauen bei gleichwertigen Qualifikationen wird sich in einzelnen Departementen als wirksame Massnahme auf diesem offenbar noch immer steinigem Weg zur 35-Prozent-Zielvorgabe beweisen müssen. Der Bericht hält fest, dass die Bekämpfung und die Prävention von sexueller und sexistischer Belästigung am Arbeitsplatz verstärkt werden konnte. Ein zentraler Schwerpunkt ist und bleibt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Mit dem Ausbau des Betreuungsangebots in der vorschulischen Betreuung ist der Anteil von männlichen Mitarbeitenden angestiegen. Die Anzahl Lernende als Fachmann Betreuung stieg in den städtischen Einrichtungen innerhalb von sechs Jahren bereits um ansehnliche 8 Prozent auf 21 Prozent und bietet so eine gute Ausgangslage für die im Gleichstellungsplan 2019 bis 2022 gesteckten Ziele und Massnahmen. Jetzt möchte ich Sie nicht weiter mit Zahlen aufhalten, sondern Ihnen die Lektüre des aufschlussreichen Berichts ans Herz legen. Die Mehrheit der Kommission beantragt Ihnen die Kenntnisnahme des Berichts.

Kommissionsminderheit Änderungsantrag und Schlussabstimmung:

Stefan Urech (SVP): *Geschätzte Ratspräsidentin, geschätzte Stadtpräsidentin, geschätzte Vizepräsidentin der SK PRD/SSD. Sie können meiner Ansprache schon entnehmen, dass Frauen in der Stadt Zürich keinen schweren Stand haben, um an Kaderpositionen zu gelangen. Ich bedauere es ausserordentlich, dass ich der einzige bin, der die bürgerliche Minderheit vertritt. Anscheinend ist nur die SVP gegen eine Frauenquote, Männerquote, Quote für non-binäre Menschen oder irgendeine Quote für eine sogenannte Geschlechtsidentität. Um diese Geschlechtsidentitäten geht es in diesem 41-seitigen Bericht. Was das genau ist, versuchte ich in der Kommissionsarbeit herauszufinden. Wie viele solche Geschlechtsidentitäten, die in den Kaderpositionen berücksichtigt werden sollten, gibt es überhaupt? Gemäss Facebook gibt es 71, gemäss der Fachstelle für Gleichstellung ist die Frage «schwierig zu beantworten». Bei der Fachstelle spricht man von non-binären Menschen, also von drei Geschlechtsidentitäten. Ich fragte nach, ob es in Zukunft auch darum gehe, genügend non-binäre Menschen in den Kaderpositionen der Stadtzürcher Verwaltung zu haben. Die Antwort war: Ja. Bei der Rekrutierung von Kadermitarbeitenden soll der Fokus nicht auf so etwas liegen. Der Fokus soll auf der Qualifikation liegen, wie sie mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern umgehen, wie kundenorientiert sie sind und wie effizient sie ein Amt führen können und nicht, welches Geschlecht sie haben oder nach welchem Geschlecht sie sich am Tag des Bewerbungsgesprächs fühlen. Gerade diese Woche diskutierten wir in den Medien, wie das städtische Kader Emus und Autos sammelte – es gibt Missstände in dieser Verwaltung, aber wenn ich diese Berichte und Ihren Fokus betrachte, geht es Ihnen hauptsächlich darum, ob es ein Emu-Sammler oder eine Emu-Sammlerin war. Sie beschäftigen sich nicht mit Fragen wie Effizienz und Streamlining in der Verwaltung – darüber würden Sie nie einen 41-seitigen Bericht schreiben. Wir bitten Sie darum – leider allein –, dass Sie diesen Bericht ablehnend zur Kenntnis nehmen.*

Weitere Wortmeldungen:

Natalie Eberle (AL): Der Gleichstellungsplan ist ein wiederkehrendes Thema. Leider sind wir noch nicht weitergekommen. Maya Kägi Götz (SP) hat sehr gut erläutert, wo wir in dieser Frage stehen. Die Ziele, die in diesem Gleichstellungsplan aufgelistet werden, sind leider noch nicht erreicht. Darum braucht es diesen Plan, diese Analyse und darum wird es diese auch in Zukunft brauchen, auch wenn gewisse Leute in diesem Rat diese Ansicht nicht teilen. Es ist tatsächlich so, dass es für jemanden mit Familie schwierig ist, sich auf eine 100-prozentige Stelle im Kaderbereich zu bewerben. Daran scheitern oftmals Bewerbungen von Frauen. Trotz der Massnahmen dagegen habe ich vor zwei Tagen eine vom Sozialdepartement ausgeschriebene Kaderstelle zu 100 Prozent gesehen – 100 Prozent nicht im Jobsharing, sondern von einer Person. Wir sind leider noch nicht weitergekommen und wir müssen schauen, dass diese Massnahmen in unserer Verwaltung schneller und besser umgesetzt werden. Das Ziel ist mehr Diversität und Inklusion – es gibt heute noch immer Leute, die einen Namen haben, der nicht nach Müller oder Eberle klingt, die Schwierigkeiten haben, eine Lehrstelle zu finden oder überhaupt einen Job. Solange das so ist und wir in unserer Verwaltung kein System haben, solche Nachteile zu eliminieren, solange müssen wir am Thema weiterarbeiten.

Dr. Balz Bürgisser (Grüne): Die Zielvorgabe im Gleichstellungsplan 2014–2018 lautet: Frauen und Männer sind je zu mindestens 35 Prozent im Kader der städtischen Verwaltung vertreten und zwar in allen Departementen und auf allen drei Kaderebenen. Das sollte selbstverständlich sein. Der vorliegende Bericht zeigt aber mit präzisen Fakten auf, dass diese Zielvorgabe nur teilweise erreicht wurde. Der Frauenanteil im Kader der Stadtverwaltung in den Funktionsstufen 12 bis 18 ist zwar gestiegen, er beträgt insgesamt 39 Prozent, diese Zahl ist jedoch trügerisch, weil der Frauenanteil im obersten Kader in den Funktionsstufen 16 bis 18 nur 27 Prozent beträgt. Zwischen den einzelnen Departementen gibt es grosse Unterschiede. Fokussiert man auf das oberste Kader, erfüllen lediglich das Präsidial-, das Hochbau- und das Sozialdepartement die 35-Prozent-Klausel. In dem Departement, zu dem ich eine besondere Affinität habe, dem Schul- und Sportdepartement, ist der Frauenanteil im oberen und obersten Kader erstaunlich gering. Von 61 Chefinnen und Chefs in den Funktionsstufen 14 bis 18 sind 19 weiblich und 42 männlich. Das entspricht einem Frauenanteil von 31 Prozent. Im obersten Kader beträgt der Frauenanteil im Schul- und Sportdepartement gar nur 18 Prozent. In diesen Zahlen ist bereits berücksichtigt, dass 2019 – also nach Erscheinen des Berichts – im Schulamt eine Frau in einer oberen Kaderstelle angestellt wurde, die zuvor ein Mann innehatte. Warum ist der Frauenanteil im oberen und obersten Kader des Schul- und Sportdepartements (SSD) so tief? Meiner Erfahrung nach sind an Fragen im Bildungsbereich Männer und Frauen sehr interessiert. Frauen sind auch bereit, Führungsverantwortung im Schulbereich zu übernehmen. Das zeigen die Geschlechterverteilungen bei den Schulleitungen. In der Stadt Zürich beträgt der Frauenanteil in den Schulleitungen 57 Prozent. Noch deutlicher sind Frauen in den Schulkreispräsidien präsent: 5 von 7 Präsidien sind von Frauen besetzt. Vor diesem Hintergrund ist der geringe Frauenanteil im oberen Kader des SSD ein Geheimnis, das man mit logisch-analytischem Denken nicht lüften kann. Betrachtet man die Zahlen aller neun Departemente, lautet das Fazit: Gleichstellung von Frau und Mann im Kader der städtischen Verwaltung hat zwar in der Mehrheit der Departemente Fortschritte gemacht, sie ist aber bei Weitem noch nicht erreicht. In den meisten Departementen sind Frauen im oberen und obersten Kader der Stadtverwaltung deutlich untervertreten. Warum ist das so? Auf unser Nachfragen in der Kommission antwortete das SSD: «Es bewerben sich deutlich mehr Männer als Frauen auf obere Kaderstellen und das Bedürfnis der Kandidatinnen nach Teilzeitstellen könne manchmal nicht erfüllt werden.» Warum eigentlich nicht? Es sollte doch möglich sein, eine Kaderstelle im Jobsharing zu besetzen. Co-Leitungen bewähren sich doch gerade im Bildungsbereich. Solche Hürden für Frauen in oberen Kaderpositionen sollte man aus dem Weg räumen.

Hier besteht dringender Handlungsbedarf bei den internen Beförderungen und bei Neubesetzungen von Stellen. Konsequenterweise hat der Stadtrat das 35-Prozent-Ziel in den Gleichstellungsplan 2019–2022 übernommen und ist entschlossen, in allen Departementen entsprechend zu handeln. Wir Grünen werden genau hinschauen und erwarten grosse Schritte in diese Richtung. Wir stimmen dem Antrag des Stadtrats zu.

Maya Kägi Götz (SP): Je nach Blickwinkel oder politischem Standpunkt ist das Glas entweder halbleer oder halbvoll. Das ergibt ein widersprüchliches Bild. Wir von der SP werden auch in den kommenden Jahren genau hinschauen – vor allem dort, wo die Entwicklung in unserem Sinne nur schleppend vorangeht. Den Bericht über die Zielvorgabe von 35 Prozent bei der Geschlechtervertretung in den Kaderpositionen nehmen wir zur Kenntnis. Punktuell tun wir das mit breiter Zustimmung und in Anerkennung der allseits erbrachten Anstrengungen, die uns den Zielvorgaben nachweislich näherbrachten – auch wenn sie längstens nicht als erfüllt betrachtet werden können. Wir sehen und schätzen den Gleichstellungsplan als ein wertvolles Instrument, um verbindliche Ziele und vor allem Massnahmen für eine progressive Gleichstellungspolitik zu setzen. Aus unserer Sicht erwies es sich schon immer als selbstverständlich und richtig, Gleichstellungsfragen nicht schlicht ans HR Zürich zu delegieren. Die Gleichstellung bildet eine übergreifende, gesamtstädtische Herausforderung. Dass der Gleichstellungsplan die Departemente und Dienstabteilungen stärker in die Gleichstellungsarbeit einbindet, bewerten wir als positive Entwicklung. Mit Blick auf die kommenden vier Jahre begrüssen wir die angestrebte Intersektionalität und dass damit die verschiedenen, miteinander verschränkten Diskriminierungsformen im nächsten Plan stärker berücksichtigt werden. Es steht ausser Frage, dass neben dem Geschlecht, der sexuellen Orientierung und der Geschlechtsidentität auch die Hautfarbe, die soziale Schicht, Religionszugehörigkeit, Nationalität, Behinderungen oder das Alter in die Gleichstellung hineinspielen und somit einen Ausschluss und eine Diskriminierung bewirken. Besonders deutlich zeigt sich dies in der geschlechterspezifischen Gewalt im Privaten und in der Öffentlichkeit und in der Diskriminierung am Arbeitsplatz. Wir reden und ereifern uns seit Wochen über strukturellen Rassismus. Sollte sich jetzt jemand fragen, wo da der Zusammenhang zum Gleichstellungsplan ist, dann liegt er dort, wo strukturelle Diskriminierung in der Gesellschaft festgestellt und nicht geduldet werden kann. Identität ist vielfach. Solange wir uns mit sexistischen, nationalistischen und rassistischen Stereotypen aufhalten, bleiben wir blind und unempfänglich für Diversität und stehen uns bei einer erfolgreichen, fortschrittlichen Gleichstellungspolitik selbst im Weg. Gleichstellung hat mit Menschenwürde und Anerkennung zu tun, das haben uns nicht nur der Frauenstreik und das noch immer nicht eingelöste Versprechen auf Lohngleichheit deutlich gezeigt. Da leistet die Fachstelle für Gleichstellung unverändert vorbildliche und gute Arbeit. Wir alle tun gut daran, sie so lange und so selbstverständlich zu unterstützen, wie wir die städtischen und gesamtgesellschaftlichen Zielvorgaben nicht erreicht haben. Besonders erwähnen möchten wir das Bekenntnis der Stadtzürcher Verwaltung zu einem respektvollen Umgang mit Transmenschen am Arbeitsplatz, was nicht nur Mitarbeitende, sondern uns alle in die Pflicht nimmt. Wir sind stolz, dass wir in Zürich auf eine fortschrittliche Gleichstellungspolitik bauen dürfen und wir danken der Fachstelle für Gleichstellung und allen Beteiligten für ihre wertvolle Arbeit und den Bericht.

Martina Zürcher (FDP): Gleichstellung muss gelebt und nicht in eine Fachstelle verpackt werden. Sie kennen die Kritik der FDP an dieser und anderen sogenannten Fachstellen. Trotzdem nimmt die FDP den Bericht zur Kenntnis, wie sie es auch schon beim letzten Bericht getan hat. Alles, was in diesem Bericht steht, kann man aber nicht so stehen lassen. Insbesondere auf Seite 7 zeigt sich, dass bei der Fachstelle für Gleichstellung etwas mehr Kenntnisse über Statistik und deren Interpretation nicht schaden könnten. Das beginnt mit fehlenden Quellenangaben und hört auf mit der Gleichsetzung der Begrifflichkeiten «durch das Modell nicht erklärt» mit «nicht erklärbar». Ich möchte hier aber nicht auf statistisch-mathematische Details eingehen.

Stefan Urech (SVP): Ich muss auf das Votum von Maya Kägi Götz (SP) reagieren. Ihre Vorrednerinnen haben über Frauen und Frauenquoten gesprochen, sie aber hat genau das angesprochen, was einen grossen Teil des Berichts ausmacht, nämlich die Intersektionalität. Sie sagte, solange in den Adern dieser Stadt das rassistische, homophobe, patriarchale und chauvinistische Blut fliesse, solange müsse man an dem Thema dranbleiben. Ich möchte Sie, liebe Ratslinke, daran erinnern: Die Leute, die die Kadermensen dieser Stadt anstellen, sind eure Stadträte. Es ist die von euch aufgestellte und zur Wahl empfohlene rot-grüne Mehrheit. Wenn Ihr das Gefühl habt, dass dies noch immer die Kriterien in dieser Stadt sind, dann läuft etwas falsch mit euren Stadträten und nicht mit unseren. Intersektionalität hat kein Ende und keinen Anfang: die von Ihnen aufgelisteten Kriterien Hautfarbe, sexuelle Orientierung, Herkunft und so weiter – das sind Dinge, die uns als Community aufteilen und nicht zusammenbringen. Am Ende des Tages sind diese Dinge nicht umsetzbar mit irgendwelchen Quoten.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: Um was geht es hier? Der Bericht ist Teil der Erfüllung einer Motion aus diesem Kreis. Wir machen dies im Rahmen der Berichterstattung über den Gleichstellungsplan 2014–2018. Selbstredend hat es in diesem Plan diverse Themen – nicht nur das Thema der Vertretung der Geschlechter in den Kader. Zuerst wären da Zahlen und Fakten, die sehr wichtig sind, wenn man über das Thema spricht; das Thema Lohnungleichheit – ein uraltes Thema, das nach wie vor sehr aktuell ist; dann der Punkt, der Gegenstand ihrer Motion ist: Frauen und Männer im Kader der Stadtverwaltung; das Thema Vereinbarkeit, Geschlechterrollen, Familien, Lebensformen, geschlechtsspezifische Gewalt. Wir saugen uns das nicht einfach aus den Fingern. Das sind auch neue Erkenntnisse aus der Forschung, die Analysen dazu macht, wie es zu den diskriminierenden Strukturen kommt, in denen wir teilweise leben. Der Stadtrat hat sich bei der Umsetzung Ihrer Motion nicht auf eine Minimalvariante beschränkt. Diese wäre, wenn wir gesagt hätten, dass wir über alle Kader und Departemente hinweg versuchen, die Ziele zu erreichen. Sie haben schliesslich von einer Zielvorgabe von 35 Prozent in Ihrer Motion gesprochen und nicht von einer Quote. Die Umsetzung ist von Departement zu Departement sehr verschieden. STR Raphael Golta hat beispielsweise im Sozialdepartement, das typische Frauenberufe abdeckt, das Problem, genügend Männer zu finden. Würde man einen Durchschnitt über die gesamte Stadtverwaltung ziehen, dann könnte man mit den Kaderfrauen von STR Raphael Golta die fehlenden Kaderfrauen im Sicherheitsdepartement oder in anderen technischen Departementen kompensieren. Das wollen wir nicht. Darum gliedern wir die Zahlen auf, auch nach Funktionsstufe. Wir arbeiten seit vielen Jahren mit dem Gleichstellungsplan. Das hat sich bewährt, haben wir es schliesslich mit sehr unterschiedlichen Aufgaben in den unterschiedlichen Departementen zu tun. Ein wichtiges Stichwort ist Transparenz – darum weisen wir die Zahlen und die Entwicklung jedes Jahr im Geschäftsbericht aus. Blickt man zurück auf die Jahre 2014–2018, sieht man: Wir sind auf Kurs. Eine eindrückliche Zahl stammt aus dem Jahr 2010: In den Funktionsstufen 16 bis 18 hatten wir 16,1 Prozent Frauen. 2019 waren es schon 30,5 Prozent. Dies zeigt: Die Fortschritte sind deutlich und sichtbar. Selbstverständlich sind wir noch nicht am Ziel. Ein wichtiger, in den vorherigen Voten erwähnter Punkt ist die Frage nach Beförderungen von Kaderneuzutritten. Das heisst: Leute, die es vom Nicht-Kader ins Kader schaffen. Da sind Männer weiterhin deutlich übervertreten und wir haben weiterhin Arbeit zu leisten. Es gibt Massnahmen, die vielleicht nicht spektakulär klingen, aber einen wirksamen und sichtbaren Beitrag leisten. In meinem Departement und im Schul- und Sportdepartement zum Beispiel muss gegenüber den Departementsvorstehenden begründet werden, wenn eine Anstellung im Kader vorgenommen werden soll, mit der entweder neu die Zeile nicht erreicht oder sie nicht mehr erreicht werden. Das wirkt. Bei mir im Präsidialdepartement gilt diese Regel übrigens auch für Geschäfts-

leitungsmitglieder. Die Verwirklichung der Chancengleichheit der verschiedenen Geschlechter in der Wirtschaft und in der Politik und eine angemessene Vertretung der unterschiedlichen Geschlechter ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern wirkt sich – das wurde in zahlreichen Studien erwiesen – positiv auf Wirtschaft und Gesellschaft aus. Es ist der Stand der Erkenntnis, dass man heute noch andere, weitergehende diskriminierende Strukturen mit in die Betrachtung einbezieht und auch das Zusammenwirken unterschiedlicher diskriminierender Strukturen untersucht. Die Verteilung kann mal 50/50, mal 60/40 oder 40/60 sein – das Ziel muss es sein, dass die Zahl keine Rolle mehr spielt und keine strukturelle Beeinflussung mehr besteht. An diesem Punkt sind wir noch nicht und der Gleichstellungsplan hilft uns, dort weitere Fortschritte zu erzielen.

Änderungsantrag

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Vom Bericht über die Umsetzung und den Stand der Zielvorgabe von 35 Prozent bei der Geschlechtervertretung im Kader (Beilage Bericht zum Gleichstellungsplan 2014–2018) wird ablehnend Kenntnis genommen.

Mehrheit:	Maya Kägi Götz (SP), Referentin; Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Isabel Garcia (GLP), Simone Hofer Frei (GLP), Patrik Maillard (AL), Ursula Näf (SP), Mark Richli (SP), Urs Riklin (Grüne), Dr. Jean-Daniel Strub (SP)
Minderheit:	Präsident Stefan Urech (SVP), Referent; Roger Bartholdi (SVP)
Enthaltung:	Vizepräsidentin Yasmine Bourgeois (FDP), Christian Huser (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit offensichtlichem Mehr zu.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit:	Maya Kägi Götz (SP), Referentin; Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Isabel Garcia (GLP), Simone Hofer Frei (GLP), Patrik Maillard (AL), Ursula Näf (SP), Mark Richli (SP), Urs Riklin (Grüne), Dr. Jean-Daniel Strub (SP)
Minderheit:	Präsident Stefan Urech (SVP), Referent; Roger Bartholdi (SVP)
Enthaltung:	Vizepräsidentin Yasmine Bourgeois (FDP), Christian Huser (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Vom Bericht über die Umsetzung und den Stand der Zielvorgabe von 35 Prozent bei der Geschlechtervertretung im Kader (Beilage Bericht zum Gleichstellungsplan 2014–2018) wird Kenntnis genommen.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 1. Juli 2020

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

2662. 2020/267

Einzelinitiative von Annick Hess vom 10.06.2020: Späterlegung des Schulunterrichts am Morgen an den Volksschulen der Stadt Zürich

Von Annick Hess, Neptunstrasse 25, 8032 Zürich, ist am 10. Juni 2020 folgende Einzelinitiative eingereicht worden:

Antrag:

Der Schulunterricht an den Volksschulen der Stadt Zürich hat nach 8:00 Uhr morgens zu beginnen. Beginn der Umsetzung: Ab Frühlingsemester 2021

Begründung:

Bei Jugendlichen in der Sekundarstufe ist aus biologischen und entwicklungspsychologischen Gründen die Konzentrationsfähigkeit um 07:30 Uhr - ausgerechnet dem heutigen Schulbeginn in der Sekundarstufe - stark eingeschränkt. In der Praxis sind in dieser Stunde die SuS mit Aufwachen beschäftigt und nehmen vom Unterricht nur wenig wahr.

Nicht nur das ist durch zahlreiche Untersuchungen belegt und gilt als wissenschaftlich eindeutig erwiesen, sondern auch, dass bereits eine Verschiebung um 20 Minuten grösste Auswirkungen auf die Konzentrationsfähigkeit im ganzen weiteren Tagesverlauf haben.

Eine Verschiebung des Unterrichtsbeginns ist nicht nur für die Jugendlichen von Vorteil, sondern auch für die Lehrerschaft, welche in einem wacheren und konzentrierteren Umfeld unterrichtet.

Die Universität Basel hat unter Prof.Dr. Sakari Lemola, Lehrbeauftragter für Entwicklungs- und Persönlichkeitspsychologie schon 2016 eine Studie veröffentlicht, die beweist, dass Jugendliche bis ca. zum 20 Lebensjahr andere Schlafgewohnheiten haben, wie kleiner Kinder und Erwachsene. (Diese Studie ist im Anhang)

Motivation:

Als Mutter von drei Kindern, die aktuell Primar-, Sekundar- und Kantonsschule besuchen, habe ich dieses Thema im Elternrat zur Diskussion gestellt. Ein anwesender Lehrer meinte zustimmend, dass die erste Lektion sowieso nur zum Wecken der SuS da sei ...

Referenzen:

<https://www.nzz.ch/wissenschaft/auf-den-biorhythmus-von-teenagern-abgestimmt-ld.1444069>

<https://www.spektrum.de/news/spaeter-schulbeginn-macht-lernen-leichter/155B6B4>

<https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/familie/schulunterricht-bei-jugendlichen-soll-spaeter-beginnen-1343630B.html>

In den verlinkten Artikeln geht es um Empfehlungen, den Schulbeginn auf 08:15, 08:30 oder sogar auf 09.00 Uhr zu legen. Mit meiner Forderung, den Schulbeginn frühestens auf 08:00 zu verlegen, möchte ich dem Umstand Rechnung tragen, dass den Schulen ein gewisser Gestaltungsspielraum eingeräumt werden

kann und dass Hobbys, Musikunterricht und Sport nicht unter einem vernünftigeren Unterrichtsbeginn zu leiden haben.

Diese Verschiebung um eine halbe Stunde kostet uns nichts, im Gegenteil: Indem der Unterricht effektiver wird, werden wir in der PISA Studie besser abschneiden.

Mitteilung an den Stadtrat

2663. 2020/273

Motion der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 24.06.2020:

Asyl-Organisation Zürich (AOZ), Revision der gesetzlichen Grundlagen betreffend Geschäftsfeld, Führung und Übertragung der Aufsicht an den Gemeinderat

Von der SP-, Grüne- und AL-Fraktion ist am 24. Juni 2020 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert, dem Gemeinderat eine Anpassung von Art 118 der Gemeindeordnung und eine Gesamtrevision der Verordnung über Asyl-Organisation Zürich (AS 851.160). Für die Änderungen gelten folgende Eckwerte:

1. Die AOZ positioniert sich als hochwertige Leistungserbringerin im Asyl- und Integrationswesen.
2. Die Aufsicht über die AOZ obliegt dem Gemeinderat. Er genehmigt die Reglemente. Zuständigkeit und Kompetenzen der Aufsicht werden in der Gemeindeordnung beziehungsweise der AOZ-Verordnung geregelt.
3. Leistungsverträge mit Kanton, anderen Gemeinden und Dritten werden nur abgeschlossen, wenn bei Unterbringung, Betreuung und Gesundheitsvorsorge Mindestanforderungen eingehalten werden können. Dies im Rahmen des Leistungsauftrags, der die AOZ betrifft. Die Einhaltung muss von unabhängigen Fachorganisationen überprüft werden können und dem Gemeinderat in einem Bericht vorgelegt werden.
4. Die AOZ definiert in regelmässigem Zyklus eine Strategie für den Bereich «Betreuung und Unterbringung». Diese beinhaltet insbesondere auch Angaben zu Tätigkeitsbereich/Einsatzfeld (Auftraggeber, Drittaufträge) und Qualität (bei Unterbringung, Betreuung und Gesundheitsversorgung). Der Gemeinderat genehmigt die Strategie.
5. Für die Betreuung von Kindern kommt die Verordnung über die Aufnahme von Pflegekindern (Pflegekinderverordnung, PAVO) zur Anwendung. Es sind im Übrigen Massnahmen zur Einhaltung der Kinderschutzkonvention zu treffen.
6. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der AOZ werden, unabhängig vom Einsatzort, aktiv über das Angebot der städtischen Ombudsstelle informiert.

Begründung:

Die 1988 als Dienstabteilung der Stadt gegründete Asylkoordination für den Kanton Zürich ist 1992 mit der Asylfürsorge und dem Asylbewerbersekretariat zur Asylorganisation für den Kanton Zürich zusammengelegt und 2005 in der Form einer kommunalen Anstalt des öffentlichen Rechts zur AOZ verselbständigt worden. Die Verordnung über die AOZ regelt die Geschäftstätigkeit. Sie ist seit 2005 nicht geändert worden.

Seit der Verselbständigung der AOZ haben sich sowohl das Geschäftsfeld, in dem die AOZ tätig ist (private Anbieter spielen eine zentrale Rolle, Dritt-Aufträge werden ausgeschrieben), als auch Anforderungen an die Führung von Anstalten («Corporate Governance») haben sich stark geändert. Eine Anpassung von Art 118 der Gemeindeordnung und der Verordnung über die AOZ drängen sich deshalb auf. Mit der vorliegenden Motion werden die Eckwerte dieser Revision definiert.

Mit der Übertragung der Aufsicht an den Gemeinderat werden Leitung und Aufsicht klar getrennt. Der Stadtrat soll weiterhin Einsitz im AOZ-Verwaltungsrat nehmen können. Geregelt werden muss die Zuständigkeit. Geprüft werden soll, ob für die Wahrnehmung dieser Aufgabe eine besondere Aufsichtskommission gebildet werden soll.

Mitteilung an den Stadtrat

2664. 2020/274

**Postulat der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 24.06.2020:
Ergänzungsbericht für den Perimeter Ueberlandpark betreffend die sozialräumliche Entwicklung des Gebiets**

Von der SP-, Grüne- und AL-Fraktion ist am 24. Juni 2020 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert, für den Perimeter Überlandpark einen Ergänzungsbericht zu erstatten, dies unter Berücksichtigung der untenstehenden Punkte und mit Nachfolgeberichten in einem Monitoring-Rhythmus von 3 Jahren.

- Entsprechend der Erhebung über den sozialen Status von Statistik Zürich von 2017 soll die Entwicklung des sozialen Status im Perimeter Überlandpark und in den darüber hinaus von der Einhausung beeinflussten Gebieten erhoben werden (Untersuchungssperimeter Kreis 12 mit statistischen Zonen rund um den GP Ueberlandpark: 12101 (Tulpenstrasse), 12102 (Dreispliz), 12103 (Auhof) und mit der Stadt Zürich als Benchmark)
- Dazu sollen Bericht und Nachfolgeberichte den Erfolg der von der Stadt ergriffenen Massnahmen («Leitfaden für Stadt und Private – Erfolgsfaktoren sozial nachhaltiger Sanierungen und Ersatzneubauten» und das «Sozialraummonitoring») darlegen mit Angaben über die Anzahl der Bauprojekte (in Planung und realisiert), in denen die 4 Erfolgsfaktoren umgesetzt werden, und über die zugesagten Anteile an subventionierten und/oder preisgünstigen Wohnungen, dies unter Einbezug des privaten Wohnungsmarkts im gesamten Einflussgebiet der Einhausung.
- Die Berichte sollen eine Bestandesaufnahme im Zeitvergleich von Indikatoren für die vulnerable Bevölkerung ergeben (RentnerInnen, Sozialhilfebeziehende, Familien etc.): Haushalts-Äquivalenzeinkommen gemäss Steuerdaten (nach Quartilen), Altersquotient (Alter 65+ / 15 bis 64), Schulkinderquotient (Alter 4 bis 14 / 15 bis 64)
- Wiederholung der Auswertungen für Personen, die aus Ersatzneubauten ziehen mussten: Wer zog wohin?
- Zusätzliche Ergänzung der letztgenannten Auswertung zu Ersatzneubauten für diejenigen Personen, die innerhalb der Stadt umgezogen sind: Wie verändert sich deren Situation? (Zimmerzahl vorher/nachher; Umzüge aus Quartier-Clustern mit höherem sozioökonomischem Status zu solchen mit tieferem sozioökonomischem Status und umgekehrt)
- Zusätzliche Spezialauswertungen der Bevölkerungsbefragung: Wie hoch ist der Anteil von freiwilligen Kündigungen (durch die Mietenden selbst) und von unfreiwilligen Kündigungen (durch Hauseigentümer/innen) mit Unterscheidung nach Einkommensklassen und Analyse im Zeitverlauf.

Begründung:

Damit im Kreis 12 allgemein und im erweiterten Perimeter Überlandpark im Besonderen durch Einhausung und Transformation die Aufwertung des Gebiets möglichst ohne Gentrifizierung geschieht, ist es von Bedeutung, die (sozialräumliche) Entwicklung des Gebiets genau zu beobachten und die von der Stadt ergriffenen Massnahmen zur Verhinderung der Verdrängung jetziger BewohnerInnen regelmässig auf ihre Wirksamkeit überprüfen zu können. Diese muss bereits in der Planungsphase von Wohnbauprojekten geschehen, und nicht erst nach ihrer Umsetzung.

Mitteilung an den Stadtrat

2665. 2020/275

**Postulat von Patrik Maillard (AL) und Olivia Romanelli (AL) vom 24.06.2020:
Schaffung von Voraussetzungen für den Einsatz von schulischem Betreuungspersonal im Unterricht**

Von Patrik Maillard (AL) und Olivia Romanelli (AL) ist am 24. Juni 2020 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie mit einer Überprüfung der Vorgaben von HR Stadt Zürich und anderer städtischer Stellen die Voraussetzungen geschaffen werden können, damit Schulen in der Betreuung angestellte Mitarbeiter*innen künftig auch im Unterricht einsetzen können.

Begründung:

Am 13. Dezember 2019 hat der Gemeinderat mit 105 gegen 15 Stimmen dem Postulat 2019/510 von Yasmine Bourgeois und Christian Huser zugestimmt, das den «unbürokratischen» Einsatz von Betreuungspersonen als Klassenassistenzen fordert. Mit der Öffnung des Unterrichts für schulische Betreuungspersonen wollten die Postulantin und der Postulant die Zahl der Bezugspersonen der Schülerinnen und Schüler tief halten und die soziale Beziehung zwischen den im Unterricht tätigen Personen und den Schülerinnen und Schülern stärken.

Ebenfalls am 13. Dezember 2019 hat der Gemeinderat der Aufstockung der Ressourcen für Aufgabenstunden in der Regelschule um 35 Stellenwerte zugestimmt und im Budget 2020 die Mittel auf dem Konto 3020 (Löhne der Lehrpersonen) erhöht.

Da Schüler*innen nicht nur in spezifischen Aufgabenstunden unterstützt werden sollen und für diese Unterstützung nicht immer Lehrpersonen eingesetzt werden müssen, haben Kreisschulpflegen, Schulamt und Stadtrat mit dem Nachtragskredit 1/2020 beantragt, für Lehrpersonen geschaffene Ressourcen (Konto 3020) in allgemeine Personalressourcen (Konto 3010) umzulagern. Die Zahl der Lehrpersonen soll nicht um 35, sondern um 7 Stellen erhöht werden. Die anderen 28 Stellen sollen umgewidmet werden in 34,6 Stellenwerte für Klassenassistenzen und 15,6 Stellenwerte für Fachpersonen Betreuung (FaBe).

Der Stadtrat hat die entsprechende Anpassung des Stellenplans beschlossen. Die Kreisschulpflegen dürfen die 15,6 Stellenwerte für FaBes aber nicht besetzen, weil HRZ verlangte, dass für den Einsatz von FaBe im Unterricht eine neue Anstellung verfügt wird und FaBes für die Tätigkeit im Unterricht in einer tieferen Funktionsstufe angestellt werden. Diese zweite Anstellung hat rund 12 Prozent schlechter entlohnt werden sollen (Jahreslohn FaBe CHF 90'2828, Jahreslohn Klassenassistentin CHF 81'373).

Inzwischen ist klar, dass die Schulen die mit den Nachtragskredit beantragen Ressourcen nicht für FaBes einsetzen können. Die Mittel sind vom Schulamt für die Anstellung weiterer Klassenassistenten freigegeben worden. Geprüft wird jetzt, ob zu einem späteren Zeitpunkt eine neue Anstellungskategorie FaBe+ geschaffen werden soll und so der von Yasmine Bourgeois und Christian Huser geforderten Einsatz von Fachpersonen Betreuung im Unterricht doch noch zu ermöglichen. Die Idee, dies unbürokratisch zu vollziehen, wäre so nicht mehr umsetzbar.

Der Stadtrat ist einzuladen, die bestehenden Vorgaben so anzupassen, dass die Schulen qualifiziertes Betreuungspersonal zu gleichem Lohn im Unterricht einsetzen können. Die Anpassung soll den kommunalen Spielraum ausschöpfen, um neben FaBes auch andere bereits in der Schule tätige Personen im Unterricht einsetzen zu können, wenn diese dazu qualifiziert sind. Geprüft werden soll ausserdem, ob für die neu im Unterricht tätigen Personen gezielte Weiterbildungen angeboten werden können.

Mitteilung an den Stadtrat

Die Einzelinitiative, die Motion und die zwei Postulate werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

2666. 2020/276

Schriftliche Anfrage von Renate Fischer (SP) und Isabel Garcia (GLP) vom 24.06.2020:

Vertretung der Geschlechter in den Leitungsgremien von Drittinstitutionen mit städtischer Beteiligung, Massnahmen zur Umsetzung einer angemessenen Vertretung im Rahmen der Richtlinien zum städtischen Beteiligungsmanagement

Von Renate Fischer (SP) und Isabel Garcia (GLP) ist am 24. Juni 2020 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Die Stadt Zürich hält gemäss Inventar der städtischen Vermögensverwaltung rund 180 Beteiligungen (Buchwert rund 1 Mrd. Franken), die von den verschiedenen Departementen und Dienstabteilungen unterschiedlich betreut werden. Das Parlament hat 2017 mit einem breit abgestützten Postulat (2017/51) gefordert, dass der Stadtrat eine Richtlinie erlässt, in der die Steuerung und die Aufsicht der Beteiligungen geregelt werden sollen. Am 30. Oktober 2019 hat der Stadtrat Richtlinien zum städtischen Beteiligungsmanagement erlassen (Stadtratsbeschluss 2019/941).

Im Rahmen der neuen Richtlinien werden die Beteiligungen je nach Bedeutung für die Stadt in drei Kategorien eingeteilt; es wird festgehalten, dass sich die Stadt auch bei Minderheitsbeteiligungen für die Einhaltung ihrer Richtlinien einsetzt (Art. 4). Für die Zusammensetzung der strategischen Leitungsorgane (Art. 17, Organisation) wird festgehalten, dass nebst den fachlichen und persönlichkeitsbezogenen Kompetenzen auch

eine angemessene Vertretung der Geschlechter eingehalten werden soll. Der entsprechende Richtwert liegt gemäss Art. 17, Abs. 3 bei mindestens 35 Prozent.

Wir begrüssen, dass der Stadtrat sich auch für eine ausgewogene Geschlechtervertretung in den strategischen Gremien einsetzen will. Ein Blick in die Verwaltungsräte verschiedener städtischer Beteiligungen zeigt jedoch, dass viele Gesellschaften noch weit von diesem Richtwert entfernt sind. Einige Gesellschaften hatten Ende 2019 noch immer strategische Leitungsgremien, in denen Frauen nicht vertreten sind. Beispiele dafür sind die ewz (Deutschland) GmbH (100%ige Tochtergesellschaft der Stadt Zürich), die AKEB AG für Kernenergiebeteiligungen (15 Verwaltungsräte, Beteiligung der Stadt Zürich 20.5 %) oder die Zürcher Abfallverwertungs AG (Beteiligung der Stadt Zürich 31.2 %).

Die Auswertung einer von uns gezogenen Stichprobe von 28 der für die Stadt wichtigeren Beteiligungen (Buchwert am 31.12.19: CHF 892'289'220.00) zeigt, dass in lediglich 6 der strategischen Leitungsgremien der vorgesehene Richtwert einer Geschlechterquote von 35 % eingehalten wird. 7 der strategischen Leitungsgremien in dieser Stichprobe sind ausschliesslich mit Männern besetzt. Von den 28 Leitungsgremien werden 2 von einer Frau präsidiert.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Gibt es eine systematische Erfassung der Zusammensetzung der strategischen Leitungsgremien in städtischen Beteiligungen? Falls ja, bitte um Zustellung der Aufstellung. Falls nein: wie soll die Einhaltung von Artikel 17, Abs. 3 in Zukunft überprüft werden?
2. Mit welchen Massnahmen plant der Stadtrat die in der oben genannten Richtlinie vorgesehene angemessene Vertretung der Geschlechter in den strategischen Leitungsorganen der Drittinstitutionen umzusetzen:
 - a. In 100%igen Tochtergesellschaften und städtischen Stiftungen?
 - b. In Organisationen mit städtischer Mehrheitsbeteiligung?
 - c. In Organisationen, in denen die Stadt eine Minderheitsbeteiligung hält?
3. In gewissen Branchen, wie z.B. der Energiewirtschaft, sind Frauen in den strategischen Leitungsgremien massiv untervertreten. Welche Massnahmen werden in diesen überdurchschnittlich „männerlastigen“ Bereichen ergriffen, um zumindest in den städtischen Beteiligungen eine angemessene Frauenvertretung zu erzielen?
4. Welcher zeitliche Rahmen ist für die Erreichung des Richtwerts von 35 Prozent vorgesehen?
5. In den Präsidien der verschiedenen strategischen Leitungsgremien sind Frauen die Ausnahme. Welche Massnahmen sind geplant, um die Frauenvertretung in den Präsidien zu erhöhen?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s s e n

2667. 2014/87

Weisung vom 26.03.2014:

**«Volksinitiative für sichere und durchgängige Velorouten» (Velo-Initiative),
Ablehnung und Gegenvorschlag**

Den Ratsmitgliedern ist das Dokument «Tiefbauamt, Rahmenkredit Velo, Bericht über das «Bauprogramm Velo» für die Jahre 2020–2022 zu den kommunalen Veloinfrastrukturen» zugestellt worden.

2668. 2020/192

Dringliche Schriftliche Anfrage von Roger Tognella (FDP), Roger Föhn (EVP) und 36 Mitunterzeichnenden vom 13.05.2020:

Kündigung eines Landteils für Parkplätze der Siedlungsgenossenschaft Sunnige Hof, Stellungnahme zur Kündigung dieses Grundstücks und zu der geplanten Ersatzmassnahme der Genossenschaft mit den damit verbundenen Änderungsverträgen für einzelne MieterInnen sowie möglicher Rückzug der Kündigung der bereits bestehenden Parkfläche

Der Stadtrat beantwortet die Dringliche Schriftliche Anfrage (STRB 495 vom 10. Juni 2020).

2669. 2020/193

Dringliche Schriftliche Anfrage von Olivia Romanelli (AL), Dr. David Garcia Nuñez (AL) und 30 Mitunterzeichnenden vom 13.05.2020:

Wiedereröffnung der städtischen Märkte, Zuständigkeit für das Erstellen und die Kontrolle der Schutzkonzepte, Praxis betreffend Rückerstattung der Standgebühren für verpasste Markttage sowie weitere Massnahmen zur Unterstützung der Marktfahrenden

Der Stadtrat beantwortet die Dringliche Schriftliche Anfrage (STRB 543 vom 17. Juni 2020).

Nächste Sitzung: 1. Juli 2020, 17 Uhr.